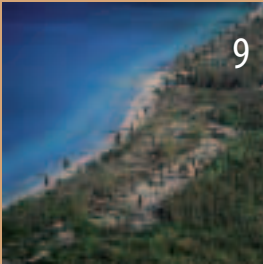




Republik
Malediven



2005 :
Ein erfolgreiches
Jahr für den EIF

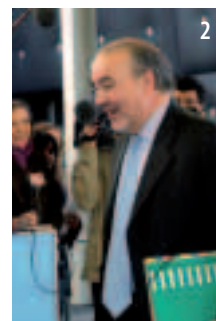
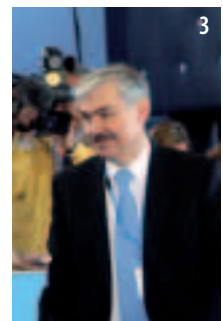


Befragung
der Öffentlichkeit zur
Veröffentlichungs-
und
Informationspolitik

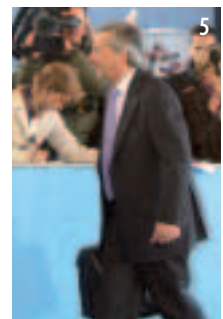


Jahressitzung 2006 des Rates der Gouverneure der EIB: Überprüfung der Fortschritte

Im Rahmen seiner Jahressitzung 2006 begrüßte der Rat der Gouverneure der EIB – die Finanzminister der EU-Mitgliedstaaten – das Bemühen der Bank um Weiterentwicklung, die Ausweitung der Risikoübernahme für vorrangige Projekte, die enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, die Einführung neuer Initiativen zur Verbesserung der Umwelt und die Transparenz der Bank.



- 1. P. Maystadt, Präsident der EIB
- 2. P. Solbes Mira, Finanzminister Spanien
- 3. Z. Balcytis, Finanzminister Litauen
- 4. K.H. Grasser, Finanzminister Österreich
- 5. J.C. Juncker, Finanzminister Luxemburg



⇒ Aufstockung der FSF

Schwerpunkte der vom Rat der Gouverneure im Jahr 2005 genehmigten neuen strategischen Ausrichtung waren Innovation, Qualität und ein höherer Zusatznutzen. In Einklang mit dieser Strategie wurde seither auf die Finanzierung von Projekten im Rahmen der Fazilität für Strukturierte Finanzierungen (FSF) besonderes Gewicht gelegt. Die FSF ermöglicht der Bank die Finanzierung von Vorhaben, die mit höheren Risiken verbunden sind. Um die Dynamik aufrechtzuerhalten, beschlossen die Gouverneure, zusätzliche FSF-Mittel bereitzustellen.

Die FSF war ursprünglich im Jahre 2001 mit einer Obergrenze von 750 Mio EUR eingerichtet worden. Sie war als spezielles Finanzierungsinstrument gedacht, mit dem die Bank Risiken am unteren Rand des Investment-Grade-Risikospektrums und gegebenenfalls im Non-Investment-Grade-Bereich eingehen kann. Im Rahmen der FSF kann die Bank Finanzprodukte wie vorrangige Darlehen, Mezzanine-Finanzierungen und nachrangige Fremdmittel bereitstellen wie auch Investitionsfonds mit eigenkapitalähnlichen Instrumenten finanzieren. Die FSF bietet einen hohen Zusatznutzen, insbesondere für Forschungs- und Innovationsprojekte und für Trans-europäische Netze.

Die Gouverneure beschlossen eine Aufstockung der Mittel für die Fazilität für Strukturierte Finanzierungen der Bank von derzeit 750 Mio EUR auf 1 250 Mio EUR, die aus Überschüssen der Bank finanziert werden soll. Außerdem wurde eine Anhebung der Obergrenze auf 3 750 Mio EUR für künftige Mittelzuweisungen an die FSF genehmigt.

JASPERS und JEREMIE

Die Gouverneure erteilten den Programmen JASPERS (Joint Assistance to Support Projects in European Regions – Gemeinsame Hilfe bei der Unterstützung von Projekten in europäischen Regionen) und JEREMIE (Joint European Resources for Micro-to-Medium Enterprises – Gemeinsame Initiative zur Verbesserung des Zugangs zur Finanzie-

Tätigkeit der EIB im Jahr 2005	
Finanzierungsvolumen insgesamt:	47,4 Mrd EUR (+10%)
⇒ Finanzierungen in der EU:	42,3 Mrd EUR
⇒ Finanzierungen in den neuen Mitgliedstaaten:	5,8 Mrd EUR (+50%)
⇒ Finanzierungen in den beitretenden Staaten und in den Beitrittsländern:	2 Mrd EUR
⇒ Finanzierungen außerhalb der EU:	5 Mrd EUR
⇒ Aufnahme neuer Fremdmittel:	50 Mrd EUR – 330 Anleiheemissionen in 15 Währungen
⇒ Ausstehende Darlehen zum 31.12.2005:	294,2 Mrd EUR
⇒ Ausstehende Anleiheverbindlichkeiten zum 31.12.2005:	248,3 Mrd EUR
⇒ Jahresüberschuss:	1,39 Mrd EUR
⇒ Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt innerhalb der EU:	34 Mrd EUR
⇒ Innovation-2010-Initiative:	11 Mrd EUR
⇒ Umweltschutz/Verbesserung der natürlichen/städtischen Umwelt:	EUR 11bn
⇒ Trans-europäische Netze:	8,2 Mrd EUR
⇒ KMU:	4 Mrd EUR in Form von zweckgebundenen Globaldarlehen

Jahressitzung 2006 des Rates der Gouverneure der EIB: Überprüfung der Fortschritte

1

4. Sitzung des Expertenausschusses der FEMIP: ausländische Direktinvestitionen und Energie im Mittelpunkt der Gespräche

5

FEMIP verstärkt ihre Kompetenz in wirtschaftlichen Fragen der Mittelmeerregion

7

Die Republik der Malediven Unterzeichnung eines Rahmenabkommens und Kreditlinie für das Ministerium der Finanzen für Wiederaufbaumaßnahmen nach dem Tsunami

9

Wiederaufbau nach dem Erdbeben in Pakistan im Oktober 2005

10

2005: Ein erfolgreiches Jahr für den EIF Innovative Finanzierungen zur Finanzierung von Innovationen

11

Befragung der Öffentlichkeit zur Veröffentlichungs- und Informationspolitik

13

Innovation und Kohäsion: ein starkes Duo

15

Wissenschaftsparks - ein Instrument zur Entwicklung der wissensbasierten Wirtschaft?

16

Aktion der EIB zur Förderung der Universitätsforschung

18

EIB finanziert 72% der Autobahn Rijeka-Zagreb in Kroatien

20

EIB im zweiten Jahr in Folge zum „beeindruckendsten Emittenten“ gewählt

21

Ernennungen im Senior Management der EIB

22

EIB-Darlehen für zehn Schulen in den Highlands

23

Neue Veröffentlichungen der EIB

24

EIB-Informationen ist eine periodisch erscheinende Veröffentlichung der Hauptabteilung Kommunikation und Information der Europäischen Investitionsbank.

Verantwortlicher Herausgeber: Daniela Sacchi-Cremmer
Layout: EIB-Grafikatelier, Sabine Tissot

Fotos: Bildarchiv EIB, Europäische Kommission
Der Nachdruck der in den EIB-Informationen erscheinenden Artikel ist gestattet. Um einen Quellenhinweis und um Übermittlung eines Belegexemplars wird gebeten.

rung für kleinste bis mittlere Unternehmen) ihre uneingeschränkte Zustimmung. Bei diesen Programmen handelt es sich um zwei gemeinsame politische Initiativen der EIB-Gruppe, der Europäischen Kommission (Direktion Regionalpolitik) sowie – im Falle von JASPERS – der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). JASPERS und JEREMIE zielen darauf ab, die Auswirkungen der Förderung durch Struktur- und Kohäsionsfonds im Programmplanungszeitraum 2007-2013 zu optimieren.

Der EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, Joaquín Almunia, der die Kommission bei der Sitzung des Rates der Gouverneure vertrat, unterstrich die Bedeutung von JEREMIE für die Unterstützung von KMU, eines der wichtigsten operativen Ziele der EIB. JEREMIE wird es den EU-Mitgliedstaaten und Regionen ermöglichen, einen Teil ihrer Strukturfonds für Finanzierungsinstrumente einzusetzen, die speziell zur Unterstützung von Kleinst- sowie kleiner und mittlerer Unternehmen konzipiert wurden. Diese Initiative wird im Sinne der im März 2005 beschlossenen überarbeiteten Lissabon-Agenda zu Wachstum und Beschäftigung beitragen.

Erneuerbare Energien

Der Rat der Gouverneure begrüßte ferner die jüngsten Initiativen der Bank im Bereich Energieeinsparung und Erneuerbare Energien (EE). Die EIB ist bestrebt, den Anteil an EE bei von der Bank finanzierten neuen Stromerzeugungskapazitäten in der EU bis 2010 auf 50% zu erhöhen. Dies beinhaltet einen größeren Anteil an neuen Technologien (außer Wind- und Wasserkraftwerken) und steht in Einklang mit dem Ziel der EU, bis zum Jahr 2010 22% der Stromerzeugung aus EE

Vorbereitung einer Kapitalerhöhung des EIF

Ein weiterer Punkt auf der Tagesordnung der Sitzung des Rates der Gouverneure war die Kapitalerhöhung des Europäischen Investitionsfonds. Die Gouverneure stimmten einstimmig für die Emission von maximal 1 000 neuen EIF-Anteilen, die das gezeichnete Kapital des EIF um 50% auf 3 000 Mio EUR erhöhen würden. Die Beteiligung der EIB am erhöhten eingezahlten Kapital würde sich auf 200 Mio EUR belaufen. Die Kommission leitet einen Vorschlag an den Rat und das Europäische Parlament in die Wege. Die Generalversammlung des EIF wird einen Vorschlag erhalten, über den noch in diesem Jahr formell abgestimmt werden soll.

zu gewinnen. Zu diesem Zweck stockt die Bank ihre Finanzierungsmittel für EE-Projekte auf und berücksichtigt außerdem neue und innovative Technologien, die nachweislich das Potenzial besitzen, innerhalb eines angemessenen Zeitraums wirtschaftlich tragfähig zu werden. Solche Vorhaben sind auch im Zusammenhang mit der Lissabon-Agenda von Bedeutung.

Außerhalb der Europäischen Union

Der Präsident verwies auch auf wichtige Entscheidungen, die im Laufe des Jahres getroffen werden müssen, insbesondere die Erneuerung der Mandate für die Finanzierungstätigkeit der Bank außerhalb der EU für den Zeitraum 2007-2013 und eine Entscheidung über die künftige Gestaltung der Finanzierungstätigkeit der EIB im Mittelmeerraum.

Die Bank hat ihren Dialog mit der Kommission und anderen internationalen Finanzierungsins-

Innovation, Qualität und höherer Zusatznutzen waren die Schwerpunkte der neuen strategischen Orientierungen. Die Fazilität für Strukturierte Finanzierungen (FSF) ermöglicht es der Bank, Projekte mit höherem Risiko zu finanzieren.

Die Gouverneure der EIB unterstrichen bei ihrer Jahressitzung die Bedeutung von JEREMIE zur Unterstützung von KMU



Gerlando Genuardi bleibt Vizepräsident der EIB

Gerlando Genuardi wurde bei der Jahressitzung des Rates der Gouverneure der Bank für eine weitere Amtszeit als Vizepräsident der EIB bestellt. Er war 2001 zum Vizepräsidenten der Bank ernannt worden und ist innerhalb des Direktoriums der EIB derzeit zuständig für Finanzierungsoperationen in Italien, Griechenland, Zypern und Malta wie auch in den südwestlichen Balkanländern; ebenfalls in seine Zuständigkeit fallen Budget, Buchhaltung und Finanzrisikokontrolle sowie Informationstechnologien.



tionen intensiviert, um sicherzustellen, dass die verschiedenen EU-Fonds und EU-Instrumente, die außerhalb der EU zur Verfügung stehen, mit einem Höchstmaß an Effizienz eingesetzt werden. So stützt sich beispielsweise der Vorschlag für ein erweitertes Mandat für Russland, die Ukraine und andere osteuropäische Länder auf die jeweiligen Stärken und die Erfahrung der EBWE, der EIB sowie der Kommission. Partnerschaften für die Erneuerung der Infrastruktur in Afrika haben das Ziel, durch EIB-Darlehen Mittel aus dem EU-Haushalt zu mobilisieren.

Corporate Governance

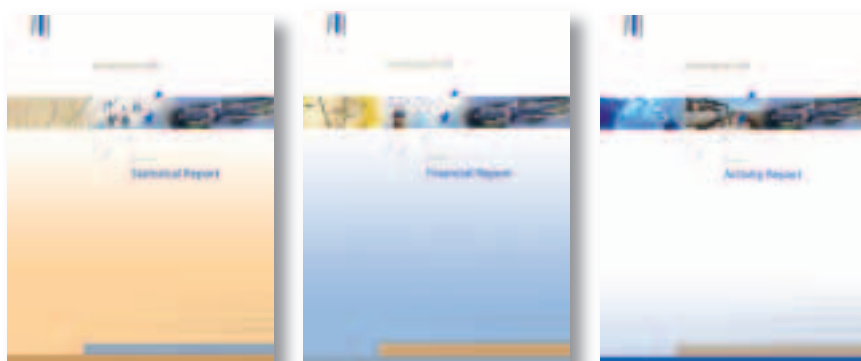
Größere Transparenz im Hinblick auf die Beschlussfassung der Bank, ihre Arbeitsweise und die Umsetzung der EU-Politiken bleibt eines der wichtigsten Ziele der EIB, wie Präsident Maystadt auf der Sitzung betonte. Im Jahr 2005 setzte die Bank den größten Teil der in ihrer Transparenzpolitik festgelegten Verpflichtungen um. Insbesondere hat sie ihre Informations- und Veröffentlichungspolitik in Abstimmung mit der Zivilgesellschaft neu konzipiert. Diese Politik beruht auf dem grundsätzlichen Recht der Öffentlichkeit auf Information, das nur in bestimmten Fällen durch die Notwendigkeit der vertraulichen Behandlung von geschäftswichtigen Angaben eingeschränkt wird. Für die Mitglieder des Direktoriums wurde ein Verhaltenskodex aufgestellt, der sich an den für die Mitglieder der Europäischen Kommission geltenden Bestimmungen orientiert. □

Von Daniela Sacchi-Cremmer
Hauptabteilung
Kommunikation und
Information



Der Rat der Gouverneure begrüßte die jüngsten Initiativen der Bank im Bereich Energieeinsparung und Erneuerbare Energie (EE).

Der Jahresbericht der EIB wurde dem Rat der Gouverneure in seiner Jahressitzung am 7. Juni 2006 vorgelegt. Er kann auf der Website der Bank unter www.eib.org/publications konsultiert werden.





4. Sitzung des Experten- ausschusses der FEMIP : Ausländische Direktinvestitionen und Energie im Mittelpunkt der Gespräche

Von Joyce LIYAN
Hauptabteilung FEMIP

Wie kann das Geschäftsklima verbessert und die Mittelmeerregion für mehr ausländische Direktinvestitionen interessanter werden? Wie können die Entwicklung der Energiewirtschaft im Mittelmeerraum gefördert und der Einsatz erneuerbarer Energieträger verstärkt werden?

Die beiden Fragenkomplexe bildeten den Schwerpunkt der Diskussionen im Rahmen der Sitzung des Expertenausschusses der Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer (FEMIP) vom 20. und 21. März 2006.¹

Die 4. Sitzung des Expertenausschusses fand auf Einladung der österreichischen EU-Präsidentschaft in Wien statt. An der Sitzung nahmen rund 100 hochrangige Vertreter sowohl des öffentlichen als auch des privaten Sektors der EU-Mitgliedstaaten und der Mittelmeer-Partnerländer² teil. Vertreter der Europäischen Kommission, der internationalen Finanzinstitutionen und der europäischen bilateralen Entwicklungsagenturen sowie verschiedener Hochschuleinrichtungen und Beratungsgesellschaften nahmen ebenfalls an den Gesprächen teil.

Verringerung des Verwaltungsaufwands

Der erste Workshop befasste sich mit der Untersuchung der positiven Auswirkungen von ausländischen Direktinvestitionen auf die Wirtschaft und der Prüfung der wichtigsten Faktoren zur Förderung eines attraktiven Investitionskli-

¹ Weitere Informationen über den Expertenausschuss der FEMIP und die Texte der Vorträge der verschiedenen Referenten sind auf der Website der EIB unter <http://www.eib.org/news/events/> abrufbar.

² Algerien, Ägypten, Gazastreifen/Westjordanland, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien, Tunesien und Türkei.



mas. Dabei wurden verschiedene positive Beispiele aus den neuen Mitgliedstaaten, den Niederlanden, Jordanien und Tunesien eingehend erläutert. Das Beispiel der Niederlande erregte die besondere Aufmerksamkeit der Teilnehmer, die daraufhin vorschlugen, in allen Finanzministerien der Mittelmeer-Partnerländer eine Arbeitsgruppe einzusetzen und mit der Aufgabe zu betrauen, Maßnahmen zur Vereinfachung derjenigen Verwaltungsverfahren vorzuschlagen und umzusetzen, die eine abschreckende Wirkung auf in- und ausländische Unternehmer ausüben könnten.

Die Teilnehmer forderten die FEMIP ferner auf, die Mittelmeer-Partnerländer bei der Ermittlung vorrangiger Reformen zu unterstützen, die zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwands beitragen können. Ferner appellierte sie an Berufsverbände und Handelskammern, Dienste zur Unternehmensförderung anzubieten.

Förderung von Energieverbund-Projekten und stärkere Nutzung erneuerbarer Energien

Schwerpunkt des zweiten Workshops, der sich mit dem Thema Energie befasste, war die Forderung, ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen nachhaltiger Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit zu finden, wie dies im Grünbuch der EU zur Energiepolitik vom März 2006 verlangt wird. Da im Energiebereich ein immenser Investitionsbedarf besteht (schätzungsweise rund 30 Mrd EUR allein für die Stromerzeugung in den kommenden fünf Jahren), haben sich die Teilnehmer darauf verständigt, dass die Reform des Energiesektors in den Mittelmeerländern im Sinne der jüngsten EU-Richtlinien fortgesetzt werden muss. Dies erfordert insbesondere die Liberalisierung des Strom- und Gassektors mit dem Ziel der Verbesserung der Energieeffizienz und der Gewährleistung der Versorgungssicherheit zu erschwinglichen Preisen.

Vor diesem Hintergrund haben die Experten die Bank aufgefordert, über die FEMIP auch weiterhin ihre Rolle als maßgeblicher Akteur im Strom- und Gassektor in enger Zusammenarbeit mit den anderen Finanzinstitutionen zu erfüllen, und dies sowohl im Rahmen von Energieverbund-Projekten als auch über den Ausbau der nationalen Energieinfrastrukturen. Darüber hinaus wurde die FEMIP aufgefordert, auch künftig Projekte im Bereich der erneuerbaren Energieträger sowie im Rahmen des im Kyoto-Protokoll verankerten „Clean Development Mechanism“ (CDM)³ zu unterstützen.

Zum Abschluss einer angeregten Diskussion haben die Teilnehmer einvernehmlich betont, dass den Sitzungen des Expertenausschusses der FEMIP, der sich nach und nach zu einer regelrechten euro-mediterranen Reflexionsgruppe zu Wirtschafts- und Finanzfragen entwickelt hat, ein noch höherer Stellenwert beigemessen werden müsste.

Schließlich kamen die Experten überein, ihre Empfehlungen bei der nächsten Sitzung der Finanzminister der EU und der Mittelmeer-Partnerländer am 25. und 26. Juni 2006 in Tunis vorzulegen. □

³ Der CDM (Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung) sieht vor, dass Einrichtungen des öffentlichen oder privaten Sektors der Industrieländer in Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen in Entwicklungsländern investieren und im Gegenzug Emissionszertifikate erhalten.

FEMIP : Finanzierungsinstrument und gleichzeitig Forum für Dialog und Meinungsaustausch

Die FEMIP umfasst alle Instrumente, die die EIB zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Mittelmeer-Partnerländern zum Einsatz bringen kann. Seit ihrer Einrichtung im Oktober 2002 wurden FEMIP-Darlehen für 77 Projekte im Gesamtbetrag von über 7,2 Mrd EUR vergeben.

Als Teil des Barcelona-Prozesses fördert die FEMIP die Modernisierung und Öffnung der Volkswirtschaften in den Mittelmeer-Partnerländern. Höchste Priorität wird dabei der Unterstützung des privaten Sektors und der Schaffung eines günstigen Investitionsklimas beigemessen.

Über ihren Ministerausschuss, in dem die Wirtschafts- und Finanzminister der EU und der Mittelmeer-Partnerländer jährlich zusammentreffen, verfolgt die FEMIP außerdem eine Politik des Dialogs mit ihren Mittelmeerpartnern. Die Arbeiten des Ministerausschusses werden von einem Expertenausschuss vorbereitet, der zweimal jährlich zusammenkommt.

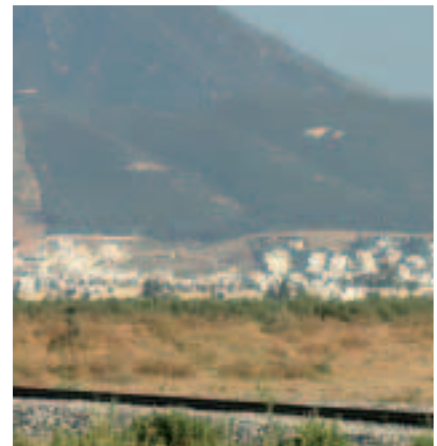


Die Sitzung des ECOFIN Europa-Mittelmeer und des Ministerausschusses der FEMIP fand am 25. und 26. Juni 2006 in Tunis statt.

Von links nach rechts:

J.L. Biancarelli, EIB-Generaldirektor für die FEMIP; P. de Fontaine Vive, EIB-Vizepräsident; N. Jouini, Minister für Entwicklung und internationale Zusammenarbeit Tunesiens; M. Ghannouchi, Premierminister Tunesiens; K.H. Grasser, Finanzminister Österreichs; J. Almunia, Kommissionsmitglied; A. de Lecea, Europäische Kommission.

FEMIP verstärkt ihre Kompetenz in wirtschaftlichen Fragen der Mittelmeerregion



*Von Henry Marty-Gauquié
Direktor – Kontakte zu den Internationalen Organisationen
Büro der EIB-Gruppe in Paris*

Zusätzlich zu ihren Finanzierungen möchte die FEMIP allen an der Partnerschaft Europa-Mittelmeer Beteiligten die analytischen Daten zur Verfügung stellen, die zu einem besseren Verständnis der wirtschaftlichen und finanziellen Elemente der Entwicklung und insbesondere der Faktoren, die zur Stärkung des Finanz- und Bankensektors der Partnerländer beitragen, erforderlich sind.

Im Rahmen der FEMIP wurde ergänzend zu ihrer Finanzierungstätigkeit zur Förderung der Entwicklung in den Mittelmeer-Partnerländern ein ehrgeiziges Programm für technische Hilfe aufgelegt, das auf zwei Instrumenten beruht:

- dem Fonds für technische Hilfe im Rahmen der FEMIP. Dieser von der Europäischen Kommission (MEDA) finanzierte Fonds dient der Unterstützung von Investitionsvorhaben;

- dem FEMIP-Treuhandfonds. Dieser – bisher – von 15 EU-Mitgliedstaaten und der Kommission finanzierte Fonds fördert die Entwicklung des privaten Sektors. Die Mittel werden für die Finanzierung von Studien und projektvorbereitender technischer Hilfe sowie für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen eingesetzt.

In den Jahren 2003-2005 konnten mit diesen beiden Instrumenten der FEMIP rund 50 Operationen unterstützt werden. Dabei handelte es sich um Maßnahmen zur Stärkung des Finanz- und Bankensektors in den Partnerländern (31% der Mittel) sowie in den Bereichen Umweltschutz (32%), Infrastruktur (32%) und Entwicklung des Humankapitals (5%).



Die FEMIP wird einen Konsultationsprozess im Hinblick auf mögliche Maßnahmen einleiten, um den Überweisungen der in Europa tätigen Arbeitnehmer in ihre Heimatländer im Mittelmeerraum (7 Mrd EUR pro Jahr) eine größere wirtschaftliche Wirkung zu verleihen

Im Rahmen des FEMIP-Treuhandfonds wurde nun die erste Referenzstudie über Überweisungen von in Europa tätigen Arbeitnehmern in ihre Heimatländer im Mittelmeerraum abgeschlossen. Parallel dazu unterzeichnete die EIB am 13. März ein Kooperations-Rahmenabkommen mit dem Hochschulnetz FEMISE, das auf die Untersuchung wirtschaftlicher Aspekte im Gebiet der Partnerschaft Europa-Mittelmeer spezialisiert ist.

Bessere Nutzung der Überweisungen von Wanderarbeitern in ihre Mittelmeer-Heimatländer

Die Studie über die Überweisungen der Wanderarbeitnehmer¹ gibt zum einen Aufschluss über die Tragweite dieses Phänomens – jedes Jahr werden „offiziell“ etwa 7 Mrd EUR von Europa in acht Mittelmeerländer überwiesen – und zeigt zum anderen, dass diese Mittel aufgrund der gewählten Überweisungsarten nicht in vollem Umfang zur Finanzierung produktiver Investitionsvorhaben genutzt werden können.

Eine ganze Reihe von Hindernissen (geringfügige Inanspruchnahme von Bankoperationen

seitens Wanderarbeitnehmern und Empfängern der Überweisungen, Exklusivverträge zwischen Bargeld-Transfergesellschaften² mit den Postdiensten, fehlende Transparenz der Kosten usw.) verursachen hohe Transaktionskosten entweder in Form von Überweisungsgebühren (die bis zu 18% des überwiesenen Betrags ausmachen können) oder Kosten im Zusammenhang mit den gegenüber den Empfängern angewendeten Umrechnungskursen.

Aufgrund der breiten Palette der behandelten Fragen und ausgesprochenen Empfehlungen bildet die Studie eine solide Grundlage für einen Informations- und Konsultationsprozess in Bezug auf die Maßnahmen, die ergriffen werden können, um die den Wanderarbeitnehmern zur Verfügung stehenden Überweisungsmöglichkeiten zu verbessern und diesen Überweisungen bei der Finanzierung der Entwicklung in den Mittelmeer-Partnerländern größere Bedeutung zu verleihen. Daher beabsichtigt die FEMIP, diesen Punkt auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Expertenausschusses zu setzen und die Banken der Mitgliedstaaten wie auch der Partnerländer, mit denen sie zusammenarbeitet, für diese Frage zu sensibilisieren und mit ihnen folgende Vorschläge auf ihre Realisierbarkeit zu prüfen:

- Verstärkung der Inanspruchnahme von Banken seitens der Auftraggeber und Empfänger dieser Überweisungen und Konzipierung von Spar- oder Anlageprodukten in Verbindung mit bestimmten Überweisungsarten unter Einsatz moderner Technologie;
- Verbesserung der Effizienz der Zahlungssysteme durch Einsatz modernerer Zahlungssysteme in den Partnerländern und Schaffung eines Netzverbands der europäischen und internationalen Zahlungssysteme;
- Verbesserung der Refinanzierungsmöglichkeiten der Banken in den Partnerländern durch Förderung der Verbriefung (Securitization) von Aktiva entsprechend den Überweisungsströmen. Dadurch hätten die Kreditinstitute der Mittelmeer-Partnerländer Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten zu Bedingungen, die wesentlich günstiger als die ihnen gegenwärtig zur Verfügung stehenden Refinanzierungsmöglichkeiten sind, die in jedem Fall durch das Rating des Landes des begebenden Kreditinstituts eingeschränkt werden.

- Verbreitung besserer Informationen über die Zugangsmöglichkeiten zu Überweisungsdienstleistungen durch Einführung neuer Instrumente (z.B. Websites) und Einbeziehung der Organisa-

tionen der Migranten in die Konzipierung angepasster Produkte.

Partnerschaft mit dem Femise-Netzwerk

Im Rahmen der neuen Politik der Partnerschaft der EIB-Gruppe mit Universitäten hat die Bank ein Partnerschaftsabkommen³ mit dem Euro-Mediterranean Netz der Wirtschaftsinstitute (Forum euro-méditerranéen des Instituts de sciences économiques – FEMISE) unterzeichnet, dem 55 auf Studien im Bereich der Partnerschaft Europa-Mittelmeer spezialisierte Institute angehören. Dieses Netz wird vom Economic Research Forum der Universität Kairo und vom Institut de la Méditerranée in Marseille gemeinsam betrieben und deckt zwölf EU-Länder sowie alle Mittelmeer-Partnerländer ab.

Die Kooperation mit dem FEMISE-Netz⁴ wird sich auf zahlreiche Gebiete erstrecken: Durchführung von Studien, Konsultationen zu spezifischen Themen, Austausch von Experten, Beschreibung gemeinsamer Maßnahmen usw. Sie wird auf einem Programm von Tätigkeiten des Netzes basieren, die uneingeschränkt in Einklang mit den Zielen der FEMIP stehen:

- Wirtschaftlicher Übergang und wirtschaftliche Reformen unter anderem im Bereich der wirtschaftlichen Leitungs- und Kontrollstrukturen und im Hinblick auf die Entwicklung des privaten Sektors;
- Sozialpolitik – insbesondere in Bezug auf die öffentliche Gesundheit und die Beschäftigung;
- regionale Integration: Nord-Süd- und Süd-Süd-Integration;
- die Rolle des Staates und die Reform der wirtschaftlichen Institutionen;
- der potenzielle Beitrag der Nachbarschaftspolitik auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene. □

¹ Abrufbar auf der Website der EIB unter: <http://www.bei.org/publications/publication.asp?publ=244>

² Im Wesentlichen "Money Gram" und "Western Union"

³ Der Text des Abkommens ist auf der Website der EIB unter <http://www.bei.org/publications/publication.asp?publ=245> abrufbar

⁴ Weitere Informationen über das FEMISE-Netz sind abrufbar unter www.femise.org

Republik Malediven

Unterzeichnung eines Rahmenabkommens und Kreditlinie für das Ministerium der Finanzen für Wiederaufbaumaßnahmen nach dem Tsunami



Präsident Gayoom und
Jean-Louis Biancarelli

Am 5. April 2006 wurde der erste Finanzierungsvertrag zwischen der Republik Malediven und der Europäischen Investitionsbank von Jean-Louis Biancarelli, Direktor mit Generalvollmacht der EIB, Direktion Finanzierungen außerhalb Europas, und dem maledivischen Finanzminister Gasim Ibrahim unterzeichnet. Seitens der EIB waren ferner Frau Regan Wylie-Otte und Frau Sunita Nilles-Lukkhoo bei der Unterzeichnung anwesend. Der Weg bis zu dieser Unterzeichnungszeremonie war nicht einfach.

Als erste Voraussetzung für die Unterzeichnung musste die Republik Malediven zunächst in den Kreis der Länder aufgenommen werden, die im Rahmen des der EIB vom Rat der Europäischen Union übertragenen Mandats für Finanzierungen der Bank in Betracht kommen. Ferner musste ein Rahmenabkommen zur finanziellen Zusammenarbeit zwischen der Republik Malediven und der EIB abgeschlossen werden. Diese beiden Voraussetzungen haben den Weg für mögliche künftige Operationen geebnet.

Der Tsunami, der die Region am Indischen Ozean am 26. Dezember 2004 heimsuchte, richtete in bestimmten Küstengebieten der umliegenden Länder verheerende Schäden an. Unmittelbar danach ermittelte die EIB in den am schwersten betroffenen Ländern – darunter auch den Malediven – potenzielle Projekte zugunsten von Einrichtungen, die durch den Tsunami direkte oder indirekte Verluste erlitten hatten. Dieser war die bei

weitem größte Naturkatastrophe in der Geschichte der Malediven, die zudem als einziges Land mit dem gesamten Staatsgebiet betroffen waren. Zwar fielen der Katastrophe glücklicherweise nur wenige Menschen zum Opfer, doch wurde die Infrastruktur in weiten Teilen beschädigt.

Das unterzeichnete Abkommen stellt die konkrete Antwort der EIB auf die Verwüstung durch den Tsunami dar. Es wird die Finanzierung von Projekten in Bereichen wie Sanierung, Erneuerung oder Wiederaufbau von Infrastruktur und Betrieben (vor allem im Fremdenverkehrssektor), aber auch Umweltsanierung und Katastrophenschutz ermöglichen.

Trotz der außerordentlichen Hilfsbereitschaft der internationalen Gemeinschaft war von den nach der Katastrophe bereitgestellten Mitteln offenbar kein Anteil für den Fremdenverkehrssektor bestimmt, in dem erhebliche Schäden und Verluste zu verzeichnen waren.

Das Tempo der Erholung des Fremdenverkehrs hat ebenso wie der Umfang und das rechtzeitige Eintreffen der Unterstützung aus dem Ausland unmittelbare gesamtwirtschaftliche Auswirkungen.

Die bereitgestellten Mittel werden zum raschen Wiederaufbau des vom Tsunami betroffenen Fremdenverkehrssektors beitragen und somit ein erster Schritt zu einer langfristigen, fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen der Republik Malediven und der Europäischen Investitionsbank sein. □

*Von Sunita NILLES-LUKKHOO
Abteilung Asien und
Lateinamerika*

Wiederaufbau nach dem Erdbeben in Pakistan im Oktober 2005

Von Sunita NILLES-LUKKHOO
Abteilung Asien und
Lateinamerika



Neues Zementwerk in Khairpur

Am 2. April 2006 unterzeichneten Jean-Louis Biancarelli, Direktor mit Generalvollmacht der Direktion Finanzierungen außerhalb Europas, und Raza Mansha, Chief Executive Officer, den Vertrag über ein Darlehen von 35 Mio EUR an die DG Khan Cement Co Ltd. für den Bau eines neuen Zementwerks im Distrikt Chakwal in Zentralpakistan.

Diese Finanzierungsoperation wurde durch die Zusammenarbeit verschiedener Akteure ermöglicht, insbesondere der erfolgreichen Nishat-Gruppe, der ABN AMRO-Gruppe und der FLSmidth als europäischer Industriepartner. Dank der Unterstützung solch renommierter Beteiligten konnte damit die erste Finanzierungsoperation der Bank in der pakistanischen Privatwirtschaft durchgeführt werden.

Besonders herauszustellen ist, dass dieses Darlehen an die DG Khan eine langjährige Partner-

schaft zwischen einem Technologieunternehmen aus der EU und einer pakistanischen Firma „zementieren“ wird, die unter anderem den Know-how-Transfer bezüglich Betrieb und Wartung, die Schulung der Beschäftigten und die Einführung strenger international anerkannter Umweltstandards beinhaltet.

Bei der Herstellung von Zement durch ein modernes, international wettbewerbsfähiges Unternehmen werden auch im Land verfügbare, billige Rohstoffe genutzt. Das Projekt trägt dadurch unmittelbar zur industriellen Entwicklung und wirtschaftlichen Diversifizierung des Landes in einer besonders benachteiligten ländlichen Region bei.

Eine Erhöhung der Herstellungskapazität für Zement wird dazu beitragen, auch bei steigender Nachfrage künftig eine ausreichende Belieferung des pakistanischen Marktes zu gewährleis-

ten. Dies ist wesentlich für die Entwicklung der Infrastruktur des Landes und den Bau von erschwinglichem Wohnraum, insbesondere nach dem Erdbeben vom Oktober 2005. Ein höheres Produktionsvolumen wird zu größerem Wettbewerb auf dem Inlandsmarkt führen und den Exporten nach Afghanistan und in den Iran Auftrieb geben.

Das Projekt dürfte positive soziale Auswirkungen haben und zu einer Verringerung der Armut in der Umgebung des neuen Werks führen, das seinen Standort in einem der weniger entwickelten ländlichen Gebiete Pakistans hat, in dem die Arbeitslosigkeit relativ hoch ist. □



2005:

Ein erfolgreiches Jahr für den EIF



Innovative Finanzierungen zur Finanzierung von Innovationen

Von Delphine Munro
Allgemeine Angelegenheiten
und Finanzen

Der EIF – Konzentration auf KMU-Finanzierung

Als einzige auf KMU-Finanzierungen spezialisierte EU-Institution spielt der Europäische Investitionsfonds (EIF) eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung zentraler Ziele der EU – wie Innovation, Forschung und Entwicklung, unternehmerische Initiative, Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Im Rahmen der Politik der Union ist die Lissabon-Strategie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ein zentraler Faktor der EIF-Tätigkeit. Von zunehmender Bedeutung sind auch die Ziele des Europäischen Forschungsraums, die auf eine möglichst optimale Nutzung des beträchtlichen europäischen Forschungspotenzials in Wissenschaft und Technologie und die Förderung höherer FuE-Investitionen des Privatsektors abzielen.

Darüber hinaus unterstrich die Lissabon-Koordinierungsgruppe im März 2006 die Notwendigkeit einer Stärkung der Finanzierungsinstrumente, die der EIF im Auftrag der Kommission anwendet, um die finanzielle Unterstützung von KMU durch Risikokapital- und Garantieoperationen zu verbessern und seine Tätigkeit auf die Finanzierung von Technologietransfervorhaben auszudehnen.

Der Beitrag des EIF zu den strategischen Prioritäten der EIB

Als Teil der EIB-Gruppe leistet der EIF einen namhaften Beitrag zu drei von insgesamt fünf strategischen Prioritäten der Europäischen Investi-

tionsbank – der „Innovation-2010-Initiative“, der KMU-Förderung und der Kohäsions- und Regionalpolitik. Tatsächlich ist der EIF innerhalb der EIB-Gruppe fast allein für die KMU-Unterstützung zuständig. Der EIF ist somit eine tragende Säule der im Juni 2005 vom Rat der Gouverneure der EIB genehmigten Strategie der EIB-Gruppe, die eine bessere operative Koordinierung und eine steigende Zahl von gemeinsamen Operationen anstrebt. Dieses Ziel wurde durch die Aufnahme gemeinsamer Verbriefungsoperationen bereits 2005 in Angriff genommen. Die Entwicklung derartiger Instrumente versetzt beide Institutionen in die Lage, den Zusatznutzen der Operationen für ihre Kunden zu steigern und den Finanzierungsbedarf von kleinen und mittleren Unternehmen effektiver zu decken.

Wichtige Entwicklungen

2005 war für den EIF wieder ein positives Jahr, sowohl was seine Investitionstätigkeit angeht als auch sein Wachstum und seine Fähigkeit zur Wahrnehmung neuer Chancen.

Ausweitung von Risikokapitalbeteiligungen

Die neuen Risikokapitalengagements des EIF beliefen sich 2005 auf 468 Mio EUR, die in Beteiligungen an rund 24 Fonds flossen. Im Vergleich dazu beliefen sich die Risikokapitaloperationen im Jahr 2004 auf 358 Mio EUR (gebunden).

Das gesamte Risikokapitalengagement belief sich Ende 2005 auf 3,2 Mrd EUR. Der EIF, der Beteiligungen an etwa 220 Fonds hält, ist damit ein

führender Akteur am europäischen Risikokapitalmarkt aufgrund der Größe und des Umfangs seiner Engagements, insbesondere an Hochtechnologie- und Frühphasenfonds, und dank seiner Geschäftspolitik, die die Übernahme von Beteiligungen an der Seite privater Investoren vorsieht. Der EIF hat sich als führende Institution im Bereich der Förderung innovativer Finanzierungsinstrumente für KMU etabliert, die optimale Verfahren („Best practice“) sowie Leitungs- und Kontrollstrukturen weiterentwickeln.

Über die Unterstützung von Frühphasenfonds hinaus hat der EIF seine Beteiligungen weiter ausgedehnt und sich dabei auch an Fonds beteiligt, die Unternehmen im mittleren Entwicklungsstadium und in der Spätphase fördern. Seine Risikokapitalbeteiligungen konzentrieren sich jedoch immer noch auf die Branchen Technologie (vorwiegend Informations- und Kommunikationstechnologie – IKT) und Life Sciences, auf die 56% des Beteiligungsbestandes entfallen.

Der EIF hatte maßgeblichen Anteil an einem der großen Erfolge des Jahres 2005 durch seine Beteiligung an Skype (Internettelefonie) über den ersten Fonds des in Luxemburg ansässigen Risikokapitalunternehmens Mangrove. Der EIF, der Mangrove von Anfang an unterstützt hat, stellt damit auch seine Kompetenz zur Identifizierung erfolgreicher neuer Fondsmanager im Technologiesektor unter Beweis.

Das Know-how des EIF und sein breitgefächertes Portfolio ermöglichen ihm die gezielte Anwendung von Nischenstrategien bei Risikokapitalfinanzierungen in Europa. Dies hat der EIF bereits mit seiner Beteiligung an Nordic Biotech unter Beweis gestellt. Nordic Biotech ist ein „Special Situation“-Investor, der sich an Unternehmen im Bereich Life Sciences beteiligt und darauf spezia-



lisiert ist, Produkte in der Spätphase ihres Zyklus in neu gegründete Unternehmen einzubringen, so dass diese am Markt eine kritische Masse erreichen können.

Der ERP/EIF-Dachfonds, ein Fonds, den der EIF für das deutsche Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und das European Recovery Programme (ERP) verwaltet, übertrifft die Erwartungen. Der EIF beteiligte sich mit 115 Mio EUR an vier Fonds, was private Investoren dazu veranlasste, sich ihrerseits mit weiteren 554 Mio EUR an diesen Fonds zu beteiligen. Dies verdeutlicht die Hebelwirkung der Tätigkeit des EIF.

2005 wurde ein Investitionsmandat über anfänglich fast 200 Mio EUR erteilt, das vom EIF in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für die Entwicklung innovativer Technologien (CDTI) des spanischen Ministeriums für Industrie ausgeführt wird. Im Rahmen dieses Mandats sollen gemeinsam mit einer Reihe von Unternehmen des privaten Sektors Beteiligungen an spanischen KMU übernommen werden, die in den Bereichen Innovation, Forschung und Entwicklung tätig sind.

Wie eine jüngst von der EVCA¹ veröffentlichte Studie zeigt, trägt die Private-Equity- und Risikokapitalbranche in einem immer noch unausgeglichene makroökonomischen Umfeld in den 25 Mitgliedsländern der EU aktiv zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei. In diesem Zusammenhang hat das Engagement des EIF die Entstehung von Arbeitsplätzen in Europa wesentlich beeinflusst.

Dank einer starken Verbesserung der Ausstiegsmöglichkeiten haben die vom EIF verwalteten Beteiligungen 2005 und Anfang 2006 höhere Veräußerungsgewinne und Kapitalrückflüsse verzeichnet.

Der EIF wird im europäischen Risikokapitalsektor weiterhin eine bedeutende Rolle als steter und zuverlässiger Beteiligungspartner für Technologieinvestitionen an der Seite privater Investoren spielen und gleichzeitig die Unterstützung für den Technologietransfer weiterentwickeln.

¹Die vom Center for Entrepreneurial and Fiscal Studies (CEFS) an der Technischen Universität München für die EVCA durchgeführte und im November 2005 veröffentlichte Studie untersucht sowohl das derzeitige Beschäftigungsniveau in Unternehmen, die mit Beteiligungs- und Risikokapital gefördert werden, als auch die von der Branche in den vergangenen Jahren neu geschaffenen Arbeitsplätze.

Garantieportefeuille

2005 wurden zugunsten von KMU Garantien im Umfang von 1,7 Mrd EUR gewährt, so dass das gesamte Portefeuille Ende 2005 ein Volumen von 9,3 Mrd EUR erreichte. Die Garantieoperationen des EIF werden mit seinen eigenen Mitteln und im Rahmen von Mandaten der Europäischen Kommission durchgeführt.

Der EIF bietet im Rahmen seiner Garantietätigkeit zugunsten von KMU hauptsächlich zwei Produkte an, und zwar die Kreditverbesserung für Verbriefungszwecke sowie Kreditversicherung und -rückversicherung (auch für Mikrofinanzierungen). Von den Aktivitäten aus eigenen Mitteln des EIF entfielen etwa 457 Mio EUR auf Operationen zur Kreditverbesserung (unterzeichnet); ferner wurde ein Kreditversicherungsvertrag über 15 Mio EUR abgeschlossen.

Die Aufgabe des EIF bei Verbriefungsoperationen besteht in der Verbesserung des Zugangs von KMU zu Fremdmitteln, indem die Weitergabe des mit Krediten verbundenen Risikos von den Originator-Banken an die Kapitalmärkte erleichtert wird. Dies wird durch Garantien für bestimmte Risiken erreicht. Das Kreditrating des EIF und sein Status als multilaterale Entwicklungsbank ermöglichen eine reduzierte aufsichtsrechtliche Kapitalunterlegung für vom EIF garantierte Darlehen. Dadurch können Finanzinstitute ihre Kreditvergabe ausweiten. Wenn sich die Möglichkeit ergibt, wird diese Aktivität in Zusammenarbeit mit Banken – insbesondere Anteilseignern – durchgeführt, wobei der EIF häufig Mezzanine-Tranchen übernimmt. Ein Beispiel hierfür ist die Operation mit der BPI (Banco Português do Investimento) Anfang 2005 in Portugal, bei der der EIF als Berater und Garantiegeber fungierte und die EIB und die KfW als Investoren auftraten.

2005 unterzeichnete der EIF 24 Garantieoperationen im Umfang von 1,2 Mrd EUR im Rahmen der KMU-Bürgschaftsfazilität des laufenden MAP (Mehrjahresprogramm für Unternehmen 2001-2006) der Generaldirektion Unternehmen der Europäischen Kommission. Insgesamt profitierten über 260 000 KMU von diesem Programm und seinem Vorläufer.

Die EIB-Gruppe geht davon aus, dass die vom EIF seit seiner Errichtung im Rahmen dieser Programme gewährten Garantien dazu beigetragen haben, mindestens das Fünffache der bereitgestellten EU-Haushaltsmittel in Form von Darlehen zu mobilisieren. Dieser Hebeleffekt ist entscheidend für die Finanzierung von KMU in Europa, und zwar insbesondere für kleine KMU sowie für KMU in den neuen Mitgliedstaaten und den beitretenden Ländern.

Die Garantiefazilität für Mikrokredite im Rahmen des MAP dient der Unterstützung von Unternehmen und Kleinstunternehmen mit maximal 10 Beschäftigten durch die Besicherung von Mikrokrediten bis höchstens 25 000 EUR. Diese Garantiefazilität ist für Unternehmensgründer bestimmt, für die der Zugang zu Finanzierungsmitteln besonders schwierig ist, da sie ein relativ höheres Risiko darstellen und den Darlehensgebern keine ausreichende Besicherung bieten können. Die Garantieengagements haben rund 147 Mio EUR erreicht – ein erheblicher Betrag, wenn man berücksichtigt, dass sich die Mikrokredite im Schnitt auf etwas weniger als 10 000 EUR belaufen.

Mit einer richtungsweisenden Operation hat der EIF erstmalig in Europa die Verbriefung von Darlehen an Mikrofinanzinstitute (MFI) strukturiert und dabei als Arrangeur an einer äußerst umfangreichen Transaktion mitgewirkt, die mehrere Länder insbesondere in Südeuropa betraf. Durch diese Asset-backed-Finanzierungsoperation sichern sich MFI langfristige Finanzierungsmittel, um ein weiteres Wachstum ihrer Mikrofinanzierungsaktivitäten gewährleisten zu können. Trotz der geringen Höhe der Mikrokredite hat diese wichtige Finanzierungsnische ein hohes Potenzial, um in den geförderten Unternehmen Produktivitätszuwächse und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen. Es ist davon auszugehen, dass diese Operation zur Direktfinanzierung von mindestens 20 000 neuen Mikrokrediten führen wird. Eine weitere ähnliche Operation wurde Anfang 2006 abgeschlossen. Ihr Volumen liegt bei 50 Mio EUR.

Jüngste Entwicklungen

Der EIF bietet verstärkt technische Unterstützung im KMU-Sektor an, insbesondere in Zusammenarbeit mit nationalen und regionalen Behörden, die Risikokapitalfazilitäten zur Unterstützung von Unternehmen in der Frühphase einrichten. So beurteilt er z.B. Risikokapitalfonds und -fazilitäten in Andalusien und Flandern.

Die JEREMIE-Initiative (Joint European Resources for Micro-to-Medium Enterprises) wurde Ende 2005 von der Generaldirektion Regionalpolitik der Kommission und vom EIF gestartet, um kleinen und mittleren Unternehmen in den Regionen der EU den Zugang zu Finanzierungsmitteln zu erleichtern.

Mitgliedstaaten und regionale Behörden können das Management der Strukturfondsmittel für Financial Engineering/KMU-Finanzierungsprogramme an den EIF auslagern. Damit wird ein Teil

der EFRE-Zuschüsse (Strukturfondsmittel) in eine Reihe von Finanzprodukten für KMU umgewandelt. Diese Produkte werden Eigenkapital- und Risikokapitalinstrumente, Garantien und technische Unterstützung umfassen und einen Multiplikatoreffekt auf das Budget haben. Mikrofinanzierungen können einen besonderen Schwerpunkt bilden.

In den Jahren 2006 und 2007 werden das mit der Durchführung der JEREMIE-Initiative beauftragte Team des EIF sowie die für die Umsetzung der Strukturfondsprogramme zuständigen nationalen und regionalen Behörden die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage für den Zugang von KMU zu Finanzierungen in Zusammenarbeit mit nationalen Einrichtungen bewerten und konkrete Aktionspläne vereinbaren. Nach dieser Phase wird der EIF die Durchführung der Finanzierungsvorhaben in enger Zusammenarbeit mit Finanzierungsinstitutionen wie der EIB, anderen internationalen Finanzinstitutionen und nationalen sowie lokalen Banken einschließlich verschiedener Anteilseigner des EIF unterstützen.

2005 haben die Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch ihr jeweiliges Rating für den EIF bestätigt (AAA, Aaa bzw. AAA). Ein für „Compliance“-Fragen zuständiges Referat wurde beim EIF eingerichtet. Auch bei der Erfüllung der IFRS-Anforderungen an die Rechnungslegung werden 2006 beachtliche Fortschritte erzielt werden.

Hinsichtlich der finanziellen Ergebnisse ist für 2005 eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr festzustellen – der geprüfte Abschluss weist einen Reingewinn von 42,9 Mio EUR (gegenüber 27,2 Mio EUR und 19,7 Mio EUR in den Jahren 2004 bzw. 2003) und eine Eigenkapitalrendite von 7,44% (gegenüber 4,9% für 2004) aus. □

Befragung der Öffentlichkeit zur Veröffentlichungs- und Informationspolitik

Von Matilde del Valle Serrano
Hauptabteilung
Kommunikation und
Information

Der Verwaltungsrat der EIB hat das überarbeitete Grundsatzpapier über die Veröffentlichungs- und Informationspolitik der Bank am 28. März 2006 genehmigt. Das neue Grundsatzpapier kann jetzt auf der Website der EIB in allen EU-Amtssprachen abgerufen werden. Vor seiner Vorlage im Verwaltungsrat durchlief der Entwurf des Papiers einen Befragungsprozess, der im Mai 2005 eingeleitet wurde. Dies war die erste öffentliche Befragung zu einem grundsatzpolitischen Bereich der EIB. Der Konsultationsprozess und die eingesandten Beiträge sowie die Kommentare der EIB hierzu wurden in einem Bericht über die Befragung zusammengefasst, der ebenfalls auf der Website der Bank veröffentlicht wurde.¹



Der Befragungsprozess

Gegenstand des Befragungsprozesses war ein überarbeiteter Entwurf der Veröffentlichungs- und Informationspolitik der Bank. Die Bank gestaltete den Zeitplan und die Verfahren flexibel, um eine möglichst umfassende Befragung zu ermöglichen. Der Befragungsprozess begann offizi-

ell im Mai 2005 und endete nach 45 Werktagen im Juli 2005. Während dieses Zeitraums hatte die Öffentlichkeit Gelegenheit, Anmerkungen zu dem auf der Website der EIB veröffentlichten überar-

¹ Die Veröffentlichungs- und Informationspolitik und der Bericht über die Befragung der Öffentlichkeit können unter www.eib.org abgerufen werden.



beiteten Entwurf des Grundsatzpapiers (Entwurf I) einzureichen. Gleichzeitig wurde der Entwurf an mehr als 200 Organisationen und Einzelpersonen versandt, die ein besonderes Interesse an der Veröffentlichungs- und Informationspolitik der Bank gezeigt hatten, darunter Mitglieder des Europäischen Parlaments und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Expertenausschüsse, Wissenschaftler, NGO und andere Organisationen der Zivilgesellschaft.

Nach Eingang der schriftlichen Kommentare interessierter Dritter und nach Diskussionen mit ihnen überarbeitete die Bank den Entwurf des Grundsatzpapiers unter Berücksichtigung der in der ersten Befragungsrunde eingegangenen Beiträge. Zu dem neuen Entwurf wurde anschließend eine zweite Konsultation eingeleitet. Diese zweite Befragungsrunde war auf 20 Werktage befristet und begann im Oktober 2005, als der neue Entwurf auf die Website der Bank gestellt wurde, um der Öffentlichkeit Gelegenheit zu Kommentaren zu geben. Die Beiträge aus der ersten Befragungsrunde (7) wurden zur Information auf der Website der EIB veröffentlicht. Nach Abschluss der zweiten Runde wurden die mehr als 30 Beiträge, die in diesem Zeitraum eingegangen waren, ebenfalls auf der Website der Bank veröffentlicht.

Prüfungsgremium

In der EIB wurde ein Prüfungsgremium eingerichtet, das die Aufgabe hatte, alle Beiträge interessierter Dritter zu sichten und zu prüfen, in welchem Maße sie berücksichtigt werden konnten. Die Beurteilungen der Beiträge durch das Gremium bildeten den Rahmen für die Überarbeitung und Neufassung des Entwurfs.

Die Vorschläge und Anmerkungen interessierter Dritter sind im Bericht über die Befragung der Öffentlichkeit aufgelistet. In einer Tabelle ist vermerkt, ob die Bank die Beiträge berücksichtigt hat oder nicht. In den Fällen, in denen Kommentare nicht berücksichtigt wurden, werden die Gründe hierfür genannt.

Diskussionsveranstaltungen im Rahmen der Befragung der Öffentlichkeit

Der online durchgeführte Befragungsprozess wurde durch zwei Veranstaltungen ergänzt, in deren Rahmen die Bank ihr überarbeitetes Grundsatzpapier mit der Öffentlichkeit diskutierte. Die erste Diskussionsveranstaltung fand im Juni 2005 in Brüssel statt. Den Vorsitz hatte Peter Sedgwick,

der für Transparenz zuständige Vizepräsident der EIB. An der Veranstaltung nahmen rund 20 Personen teil, darunter Vertreter von NGO und Expertengremien, Berater, Beobachter aus EU- und internationalen Finanzierungsinstitutionen sowie Mitarbeiter der EIB.

Die zweite Zusammenkunft fand im November 2005 unter dem Vorsitz des Stellvertretenden Generalsekretärs in Brüssel statt. Unter den 20 Teilnehmern waren 12 Vertreter von NGO sowie u.a. Mitarbeiter der EIB, des Europäischen Parlaments und der Weltbank. Die in den Diskussionsveranstaltungen vorgebrachten Vorschläge und Anmerkungen interessierter Dritter wurden anschließend dem Prüfungsgremium vorgelegt.

Interne Befragung

Im Rahmen des Konsultationsprozesses wurden auch interessierte Parteien innerhalb der Bank zu Anmerkungen aufgefordert. Der Entwurf des Grundsatzpapiers und Einzelheiten des Befragungsprozesses wurden bankintern verbreitet. Die Direktionen der EIB erhielten ebenso wie das gesamte Personal der Bank die Gelegenheit, Beiträge einzureichen. Sie wurden zu einem Arbeitstreffen eingeladen, um mit Vizepräsident Sedgwick und dem Stellvertretenden Generalsekretär über den Entwurf des Grundsatzpapiers zu diskutieren.

Abschluss des Befragungsprozesses

Der endgültige Entwurf des Grundsatzpapiers und der Bericht über die Befragung wurden dem Direktorium im Februar 2006 zur Genehmigung vorgelegt. Im März 2006 genehmigte der Verwaltungsrat das überarbeitete Papier.

Die Veröffentlichungs- und Informationspolitik wird künftig alle drei Jahre einer formalen Überprüfung unterzogen werden. Die EIB wird diese



Vizepräsident Peter Sedgwick und stellvertretender Generalsekretär Rémy Jacob leiteten ein Forum über die Veröffentlichungs- und Informationspolitik der Bank.

Politik auch in rechtlicher Hinsicht überprüfen, um sie mit den Bestimmungen der „Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anwendung der Bestimmungen des Århus-Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten auf Organe und Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft“ („Århus-Verordnung“) in Einklang zu bringen.

Die EIB erwägt nun die Durchführung eines Befragungsprozesses zu ihrer Strategie der Betrugs- und Korruptionsbekämpfung. □

Diskussion über die Informationspolitik mit der Zivilgesellschaft



Innovation und Kohäsion: ein starkes Duo

Von Cees Post
Hauptabteilung
Kommunikation und
Information

Wie allgemein bekannt ist, hat sich die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Rates von Lissabon im März 2000 das strategische Ziel gesetzt, bis 2010 eine wettbewerbsfähige, wissensbasierte Wirtschaft zu schaffen. Vergessen wird jedoch mitunter das eigentliche Ziel dieser neuen Wirtschaft, nämlich das Erreichen eines nachhaltigen Wachstums, das mehr Arbeitsplätze für qualifizierte Kräfte bietet und den sozialen Zusammenhalt verbessert. Die Innovation-2010-Initiative (i2i) der Europäischen Investitionsbank, die die Lissabon-Strategie unterstützt, dient daher der Finanzierung von Investitionsvorhaben, die sowohl den Innovationsprozess als auch den sozialen Zusammenhalt fördern.

Die i2i-Finanzierungsoperationen der EIB konzentrieren sich auf drei Hauptbereiche: a) Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI), b) allgemeine und berufliche Bildung und c) Verbreitung moderner Technik und Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Seit der Einrichtung der Innovation-2010-Initiative im Jahr 2000 hat die Bank für innovative Investitionsvorhaben 34,7 Mrd EUR ausgeliehen. Von diesem Betrag flossen 25 Mrd EUR (72%) an Projekte in den ärmsten Regionen der Europäischen Union. Finanzierungsbeiträge für Innovationsvorhaben in den Regionen tragen dazu bei, der Tendenz einer Konzentration derartiger Investitionen in den wohlhabendsten Teilen der EU entgegenzuwirken. Die Schwerpunktsetzung in den Regionen belegt sowohl den aus der Einschaltung der EIB resultierenden hohen Zusatznutzen als auch das Engagement der Bank für den Wissenstransfer zugunsten der Regionen mit Entwicklungsrückstand.

2005 war ein hervorragendes Jahr für Innovation und Kohäsion

2005 dienten 8,8 Mrd EUR der EIB-Ausleihungen zugunsten von Projekten zur Unterstützung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts gleichzeitig der Förderung der Lissabon-Strategie. Oder anders formuliert: Von den für Innovationsvorhaben bestimmten Darlehen in Höhe von insgesamt 10,4 Mrd EUR kamen 84% Projekten in den schwächer entwickelten Regionen zugute.

Auf Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsvorhaben entfielen 5,8 Mrd EUR – dies waren beeindruckende 95% aller FEI-Vorhaben, die 2005 von der EIB finanziert wurden. 3,2 Mrd EUR wurden dabei für Investitionsvorhaben an Forschungsinstituten in Fördergebieten in Deutschland gewährt, unter anderem für Grundlagen- und angewandte Forschung an unabhängigen nationalen Forschungseinrichtungen wie der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft, für Forschungsaktivitäten in drei führenden Wissenschaftszentren in Bayern, für den Bau eines Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsstandorts für Halbleiter in Dresden sowie für Forschungsaktivitäten an Universitäten und Fachhochschulen in Niedersachsen. 650 Mio EUR entfielen auf FuE-Investitionen in der Automobilindustrie in der Tschechischen Republik und in der Slowakei.

Die EIB ist sich bewusst, dass Bildung langfristig eine bedeutende Rolle für die Förderung des Wirtschaftswachstums spielt. 2005 wurden für i2i-Investitionen im Bildungswesen insge-

samt 2,2 Mrd EUR ausgereicht, davon knapp 1 Mrd EUR (44%) in Fördergebieten. Die Projekte umfassten die Errichtung, Renovierung und Instandhaltung von Schulen, beispielsweise in North Lanarkshire sowie Argyll and Bute, aber auch innovative Programme wie die Unterstützung der ungarischen Einrichtung für Studentendarlehen Diákhitel Központ, die EIB-Mittel in Höhe von 100 Mio EUR in Form von Studiendarlehen zu günstigen Bedingungen an Studierende weiterleitet. In Ungarn hat sich das Hochschulwesen in den letzten Jahren stark verändert, da sich die Zahl der Studenten und Graduierten in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt hat. Dies spiegelt die Entwicklung zu einem offeneren Hochschulsystem wider.

2005 konzentrierten sich die EIB-Darlehen für Informations- und Kommunikationsnetze, die die dritte Gruppe von i2i-Investitionen darstellen, überwiegend auf Fördergebiete. Diese IKT-Netze sind von wesentlicher Bedeutung für die Verbreitung von Innovationen und den Datenaustausch. In den Regionen wurden hierfür Darlehen von über 1,8 Mrd EUR vergeben, dies entspricht vollen 97% aller finanzierten IKT-Netze. So wurden beispielsweise für den Aufbau von Breitbandzugangsnetzen in Spanien 400 Mio EUR, in Süditalien 350 Mio EUR und in den ostdeutschen Bundesländern 500 Mio EUR gewährt.

Fortsetzung der Doppelstrategie

Die 2005 verzeichnete extreme Konzentration der Ausleihungen für FEI- und IKT-Vorhaben in Fördergebieten dürfte sich in den kommenden Jahren kaum wiederholen, da viel von der Verfügbarkeit von Investitionsgelegenheiten im jeweiligen Jahr abhängt. Dennoch wird die EIB weiterhin bemüht sein, die Kohäsionspolitik und die Umsetzung der Lissabon-Agenda miteinander zu verbinden, wo immer dies möglich ist. Nach den i2i-Erfahrungen zu urteilen sind diese beiden sich gegenseitig ergänzenden Strategien in der Lage, ein nachhaltiges Wachstum und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen. □

Wissenschaftsparks - ein Instrument zur Entwicklung der wissensbasierten Wirtschaft?



Von
*Luisa Ferreira
Laura Piovesan
Patrick Vanhoudt
Direktion Projekte*

Wenn die EU ihren Lebensstandard aufrechterhalten und weiter verbessern möchte, muss sie ihren Wettbewerbsvorteil im globalen Technologiewettlauf sichern. Am 18. Mai 2006 wurden im Rahmen einer von der Direktion Projekte der EIB organisierten Konferenz die Rolle und die Auswirkungen von Wissenschaftsparks im Hinblick auf die Entwicklung der wissensbasierten Wirtschaft untersucht.

Niemand würde die Rolle, die der Wissenschaft und Innovation im Kontext der wissensbasierten Wirtschaft zukommt, bestreiten. Schlagwörter wie FuE, Risikokapital, Inkubatoren und Industriecluster haben die Aufmerksamkeit von politischen Entscheidungsträgern und Unternehmern gewonnen.

Wissenschafts- und Technologieparks – komplexe Standortentwicklungen mit stark ausgeprägten wissenschaftlichen sowie Produktions- und Dienstleistungskomponenten – stellen im Hinblick auf die Förderung von Innovationen eine organisatorische Lösung da. Nach ihrem Aufkommen in den USA in den 60er Jahren wurden hauptsächlich seit

den 80er Jahren zunehmend auch europaweit Wissenschafts- und Technologieparks eingerichtet, denen die Aufgabe zukam, das Wachstum wissensbasierter Industriezweige durch Bereitstellung einer modernen Infrastruktur und einer Dienstleistungspalette für Hightech-Unternehmen sowie durch die Erleichterung der Zusammenarbeit mit Universitäten und Forschungszentren zu fördern. Das unterschiedliche Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung sowie die Vielfältigkeit der nationalen und regionalen kulturellen sowie rechtlichen Rahmenbedingungen hat zur Entstehung eines breiten Spektrums von Wissenschafts- und Technologieparks geführt. Darüber hinaus war der Erfolg von Wissenschaftsparks als Triebfeder für die Umsetzung von Wissen in Technologie relativ unklar, da einige sich als erfolgreich erwiesen, während andere wiederum entweder nicht in vollem Umfang genutzt wurden oder sich zu stark subventionierten Industriezonen entwickelten.

Derzeit wird Wissenschafts- und Technologieparks wieder neue Aufmerksamkeit geschenkt, wobei sich die Frage stellt, ob dieser Trend von Dauer sein oder wieder abflauen wird. Daher hat die Hauptabteilung Industrie und Dienstleistungen der Bank die Initiative ergriffen und die Rolle und Auswirkungen der Wissenschaftsparks im Hinblick auf die Entwicklung der wissensbasierten Wirtschaft untersucht. Im Rahmen der Studie wurde in Zusammenarbeit mit der International Association of Science Parks (IASP) eine Konferenz organisiert, die der Validierung der Ergebnisse diente.

Die Konferenz gliederte sich in drei Sitzungen. Die erste befasste sich mit der Innovationspolitik im Allgemeinen (D. Pilat, OECD) und den wirtschaftlichen Gründen für die Entstehung von Wissenschaftsparks im Besonderen (P. Vanhoudt, EIB). Die zweite Sitzung begann mit einer Diskussion über die Prüfung von Wissenschaftsparks, in deren Rahmen L. Sanz (IASP) eine in Entwicklung befindliche Anwendung mit der Bezeichnung „Strategigram“ vorstellte. Im Anschluss daran wurde ein Überblick über die von der EIB-Gruppe zur Unterstützung solcher Wissenschaftspark-Projekte angebotenen Finanzierungsinstrumente sowie über die sich diesbezüglich stellenden Herausforderungen gegeben (F. Riedl, EIF und T. Barrett, EIB). Am Nachmittag befasste sich die Konferenz mit Lehren, die aus bestimmten Fallstudien sowohl innerhalb (L. Ferreira und L. Piovesan, EIB) als auch außerhalb der EU – so z.B. in Tunesien, wo die EIB bereits mehrere Technologieparks finanziert hat (Ph. Guinet, EIB und S. Harbi, tunesische Regierung) – gezogen wurden. Den Abschluss der Konferenz bildete ein Rundtischgespräch über die wesentlichen Faktoren, die den Erfolg von Wissenschaftsparks begünstigen bzw. beeinträchtigen (M. Baccanti, San Raffaele, Italien; A. de Oliveira, TagusPark, Portugal; P. Huuskonen, Technopolis, Finnland; K. Plate, Heidelberg, Deutschland; L. Sanz, IASP; und P. de Visscher, Icoms Communications, Belgien).

Kernaussagen der Konferenz

Aus der Konferenz gingen die folgenden vier Kernaussagen hervor:

- Erstens müssen Wissenschaftsparks im Kontext einer umfassenderen Technologietransferstrategie betrachtet werden. Daraus folgt, dass es weder wünschenswert noch machbar ist, sämtliche städtischen Gebiete und Städte mit einem Wissenschaftspark zu versehen. Darüber hinaus sollten sich Wissenschaftsparks heute an der Nachfrage und nicht am Angebot orientieren. Es ist somit wahrscheinlich, dass Wissenschaftsparks in Regionen mit Wirtschaftswachstum und nicht dort, wo Wirtschaftswachstum

erst noch geschaffen werden muss, entstehen. Daher ist es vorzuziehen, angehende „Gewinner“ zu unterstützen anstatt zu versuchen, im voraus potenzielle Sieger auszuwählen oder gar den Versuch zu unternehmen, den andersorts beobachteten Erfolg nachzuahmen. Angesichts der in der Regel langwierigen Entwicklungsphase von Wissenschaftsparks wurde politische Einflussnahme, eventuell gekoppelt mit kurzen politischen Zyklen und Zielen, als einer der Faktoren erachtet, die den Erfolg von Wissenschaftsparks behindern.

- Zweitens ist das Management eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg eines jeden Wissenschaftsparks. Die Qualität eines Wissenschaftsparks hängt letztlich vom Erfolg der darin ansässigen Unternehmen ab, und es ist die Aufgabe des Managements eines Wissenschaftsparks, Unternehmen mit hohem Potenzial für den Wissenschaftspark zu gewinnen, auszuwählen, sie an ihn zu binden und zu unterstützen. Angesichts der Komplexität der Anspruchsgruppen muss der Manager eines Wissenschaftsparks jedoch das Wissen eines Wissenschaftlers, die Fachkenntnisse eines Geschäftsmanns und den Scharfsinn eines Politikers in seiner Person vereinigen. Dies macht gezielte Schulungsprogramme erforderlich, die es bisher noch nicht gibt. Die IASP hat diese Lücke vor kurzem erkannt und wird entsprechende Maßnahmen ergreifen.
- Drittens erweisen sich solche Wissenschaftsparks als erfolgreich, die in ein ausreichend solides wirtschaftliches Umfeld eingebettet sind, das mehrheitlich aus spezialisierten Dienstleistungs- und Produktionsunternehmen besteht. Obwohl die enge Zusammenarbeit mit einer Universität oder einem Forschungszentrum für die Leistungsfähigkeit eines Wissenschaftsparks von

wesentlicher Bedeutung ist, wird eine formale Partnerschaft mit einer dieser Einrichtungen zwar als wünschenswert, jedoch keinesfalls als wesentlicher Erfolgsfaktor erachtet.

- Viertens haben die verschiedenen Wissenschaftsparks einen unterschiedlichen Finanzierungsbedarf, dem nicht mit einem einzigen Finanzierungsmodell Rechnung getragen werden kann. Die benötigte Finanzierungsart wird im Allgemeinen durch die drei verschiedenen Phasen des Lebenszyklus eines Wissenschaftsparks bestimmt. Für die erste Phase – die Bereitstellung der Infrastruktur – scheinen langfristige Darlehen ein geeignetes Finanzierungsinstrument darzustellen. Die zweite Phase, die Finanzierung von Unternehmensneugründungen vor Ort, macht häufig die Bereitstellung von Startkapital erforderlich. Die dritte Phase umfasst den Einsatz von Spin-offs und die erste industrielle Produktion, was möglicherweise mit einer Standortansiedlung außerhalb des Wissenschaftsparks einhergeht. Hierbei wäre die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Risikokapital und herkömmlichen Darlehen von Vorteil.

Schlussfolgerung: Wissenschaftsparks stellen im Bereich der Innovationspolitik ein geeignetes Instrument für die Entwicklung der wissensbasierten Wirtschaft dar, wenn sie gut geplant und Teil einer gezielten regionalen Innovationsstrategie sind, wenn sie über ein gutes Management verfügen und in sämtlichen Phasen ihres Lebenszyklus Zugang zu den entsprechenden Kapitalmärkten erhalten.

Ein kurzer Überblick über die Konferenz und die Rednerbeiträge ist auf der Website der Bank zu finden (www.eib.org). □



Aktion der EIB zur Förderung der Universitätsforschung

Von Alain Javeau
Generalsekretariat

Die Bank hat vor Kurzem die Aktion zur Förderung der Universitätsforschung gestartet, um ihre langjährige Zusammenarbeit mit Universitäten auszuweiten und einen Rahmen für ihre Unterstützung von Hochschuleinrichtungen zu schaffen.

Diese Aktion ermöglicht eine kohärentere Reaktion auf die zahlreichen Anfragen einer Vielzahl von Hochschulzentren insbesondere nach finanzieller Unterstützung und nach Forschungsinhalten. Daneben wird sie die Erwartungen der EIB-Mitarbeiter im akademischen Bereich und auf dem Gebiet der Forschung kanalisieren.

Die Aktion umfasst drei separate Programme:

EIBURS (EIB University Research Sponsorship Programme – Förderprogramm für Universitätsforschung). Im Rahmen dieses Programms erhalten universitäre Forschungszentren in der EU, die an Themen von besonderem Interesse für die EIB arbeiten, Zuschüsse.

STAREBEI (STAGES de REcherche BEI – Forschungspraktika EIB), ein Programm zur finanziellen Unterstützung junger Forscher, die an gemeinsam von der EIB und Universitäten durchgeführten Projekten mitarbeiten.

EIB University Networks, ein Sponsoring-Mechanismus für Hochschulnetze, deren Arbeit von besonderer Bedeutung für die Förderung der Ziele der EIB-Gruppe ist.

Ein spezieller Ausschuss (Comité BEI-Universités – CBU/EIB-Universitätsausschuss), dessen Vorsitz der EIB-Präsident führt, überwacht die Aktion.¹

EIBURS – das Förderprogramm der EIB für Universitätsforschung

Im Rahmen des EIBURS-Programms werden universitäre Forschungszentren in der EU unterstützt, die an Themen von besonderem Interesse für die EIB arbeiten. Gleichzeitig soll EIBURS ein Instrument zur Erleichterung der Forschung und der beruflichen Weiterbildung für die Mitarbeiter der EIB sein.

Die EIB wird interessierten Fakultäten oder Universitäten angegliederten Forschungsinstituten

¹ EIB-Universitätsausschuss: Philippe MAYSTADT, Vorsitzender (Präsident der EIB); Matteu TURRÓ, Koordinator (Managementteam); Hugo WOESTMANN, Roderick DUNNETT, Eric PEREE, Jacques LILLI, EIF; Alain JAVEAU, Sekretär (Managementteam)



in der EU, den beitretenden und den Beitrittsländern, die über anerkanntes Fachwissen in Bereichen verfügen, die von unmittelbarem Interesse für die Bank sind, nach erfolgreicher Teilnahme an einem Auswahlverfahren Zuschüsse gewähren. Einrichtungen, die sich für die Teilnahme am EIBURS-Programm qualifiziert haben (die EIBURS-Zentren), können über einen Zeitraum von drei Jahren Zuschüsse von maximal 100 000 EUR jährlich erhalten. Im Gegenzug dazu müssen sie sich verpflichten, neben den von dem betreffenden Zentrum normalerweise durchgeführten Arbeiten weitere Forschungsaktivitäten zu entwickeln. Diese Aktivitäten werden gemeinsam festgelegt und zielen auf eine Reihe konkreter Ergebnisse bzw. Maßnahmen ab (Forschung, Lehre, Networking, Weitergabe von Resultaten usw.), die Gegenstand einer vertraglichen Vereinbarung mit der Bank sein werden. Es wird erwartet, dass die Initiative im akademischen und im Forschungsbereich von den Universitäten ausgeht. Die Bank kann jedoch einige spezifische Aktivitäten vorschlagen, was insbesondere die Bereiche Forschung und berufliche Weiterbildung unter Einbeziehung von Mitarbeitern der EIB betrifft.

Für das erste Jahr, in dem das Programm läuft, sind die folgenden vier Forschungsschwerpunkte ausgewählt worden:

- Finanzielle und volkswirtschaftliche Bewertung von Umweltauswirkungen
- Technologiefolgenabschätzung und Beschleunigung der Innovation
- Öffentlich-private Partnerschaft
- Soziale Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung

Diese Forschungsschwerpunkte müssen einem der Hauptfachgebiete der sich bewerbenden Einrichtung zuzuordnen sein. Die Qualität der im Zentrum geleisteten Forschungsarbeiten, die Qualität der vorgeschlagenen Aktivitäten, die dafür abgestellten Mitarbeiter und die Abwicklungsstruktur für das EIBURS-Programm sind in Verbindung mit der Möglichkeit, EIB-Mitarbeiter unterzubringen, mit ihnen zusammenzuarbeiten und Praktikanten zur EIB zu schicken, die Hauptkriterien, die der Auswahl Ausschuss für die Bewertung der eingegangenen Bewerbungen verwenden wird.

STAREBEI (STAgEs de REcherche BEI – Forschungspraktika EIB) – ein Programm zur finanziellen Unterstützung junger Forscher, die an von der EIB und Universitäten gemeinsam durchgeführten Projekten mitarbeiten

Das STAREBEI-Programm fördert die gemeinsamen Interessen von Universitätszentren und EIB-Mitarbeitern, indem Praktika für junge Forscher angeboten werden, die an der Durchführung von Forschungsprojekten interessiert sind, die von der EIB vorgeschlagen und gemeinsam von einem Tutor der betreffenden Universität und einem Tutor der EIB betreut werden. Diese Synergien zwischen akademischen Kreisen und den Fachkräften der EIB werden für junge Forscher eine wichtige Erfahrung darstellen und zu Ergebnissen führen, die sowohl auf das Know-how und das Renommee der Bank als auch auf den Wissensstand der betreffenden Universitäten positive Auswirkungen haben und die EIB-Mitarbeiter motivieren. Im Gegensatz zum EIBURS-Programm, das auf von den Universitätszentren vorgeschlagenen Aktivitäten beruht, müssen die Forschungsinitiativen für STAREBEI von der Bank ausgehen.

Die wichtigsten Angaben zum STAREBEI-Programm

Im Rahmen des Programms werden Forscher an Universitäten während eines Zeitraums von sechs Monaten bis zu einem Jahr unterstützt. Die Praktika

werden über die Universität abgewickelt und erfordern die zeitweilige Anwesenheit in den Räumlichkeiten der Bank. Der Großteil der Arbeitszeit wird jedoch im Universitätszentrum verbracht.

Das STAREBEI-Programm verwendet einen Ansatz, der sich von dem für die traditionellen Praktika bei der EIB unterscheidet. STAREBEI ist forschungsorientiert, und die akademischen Anforderungen sind höher. Aus STAREBEI-Mitteln werden auch bestimmte Aufwendungen im Zusammenhang mit den Forschungsarbeiten finanziert. Hierbei sind insbesondere notwendige Reisekosten sowohl für den Praktikanten als auch für ihre Tutoren an der Universität zu nennen.

Aus STAREBEI-Mitteln können jährlich rund acht bis zehn Forschungspraktika finanziert werden. Jedem Praktikum liegt ein Vertrag zwischen der EIB und der Universität, an der die Forschungsarbeiten durchgeführt werden, zugrunde.

Jede Universität mit Standort in der EU, die eine vom Bologna-Prozess anerkannte Doktorandenausbildung und entsprechende Abschlüsse anbietet, kommt für eine Teilnahme am STAREBEI-Programm in Betracht. Während die Universitäten ihren Standort in der EU haben müssen, bestehen hinsichtlich der Staatsangehörigkeit der von der Universität vorgeschlagenen Forscher keine Einschränkungen, sofern sie über den entsprechenden Status (Verbindung zur Universität, Visum usw.) verfügen.

Der Tutor der EIB wird die Arbeit des Forschers in enger Zusammenarbeit mit dem Tutor der Universität überwachen. Die Tutoren müssen sicherstellen, dass die Arbeiten ordnungsgemäß durchgeführt werden. Das im Rahmen des Praktikums angestrebte Ziel ist eine Doktorarbeit bzw. eine wissenschaftliche Arbeit, die vorzugsweise veröffentlicht werden kann und als deren Ko-Autoren in der Regel die Tutoren fungieren sollten. Der CBU überwacht und verwaltet das Programm.

Sponsoring von Hochschulnetzen durch die Initiative „EIB University Network“

Die EIB-Gruppe hat einen Sponsoring-Mechanismus für Hochschulnetze, deren Arbeit von besonderer Bedeutung für die Förderung der Ziele der Gruppe ist, eingerichtet. Die EIB wird Informationen über EIBURS- und STAREBEI-Projekte in erster Linie über diese Netze bekannt machen und über sie anderen Forschungsanfragen der Dienststellen der Bank, die nicht im Rahmen dieser zwei Programme abgewickelt werden können, nachkommen. Die Netze werden die Bank mit Informationen versorgen, die

für ihre Tätigkeit von Bedeutung sind. Gegebenenfalls können die Universitäten in ihrer Werbung auf diese Initiative der EIB verweisen.

Die wichtigsten Angaben zum Sponsoring-Mechanismus für Hochschulnetze

Jedes Hochschulnetz, das als Zusammenschluss für gemeinsame Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten mit einer spezifischen Zielsetzung eingestuft ist, kann auf die Initiative „EIB University Network“ Bezug nehmen. Die Netze sollten in erster Linie akademische Einrichtungen umfassen, obwohl ihnen auch nichtuniversitäre Institute angehören können. Um auf die Initiative Bezug nehmen zu können, müssen der Hauptzweck des Hochschulnetzes und die Aktivitäten, die es fördert, von unmittelbarer Bedeutung für die EIB-Gruppe sein. Das Netz muss auch nachweisen, dass es während eines Zeitraums von mindestens drei Jahren hochwertige Arbeiten auf diesem Gebiet geleistet hat. Anträge von Hochschulnetzen sollten ausreichende Informationen über ihre Tätigkeit, Hinweise darauf, was sie von der in Betracht gezogenen Zusammenarbeit mit der EIB erwarten und Vorschläge betreffend die Methoden, die das Hochschulnetz einsetzen will, sowie insbesondere die Benennung eines Hauptansprechpartners für die Verständigung zwischen der EIB und dem Netz beinhalten.

Der EIB-Universitätsausschuss (CBU) wird die Anträge akzeptieren oder ablehnen. Wird ein Antrag angenommen, so wird durch eine Absichtserklärung („Memorandum of Understanding“), die für alle unterstützten Netze im Großen und Ganzen gleich ist, eine spezielle Vereinbarung mit dem Hochschulnetz geschlossen.

Obwohl die Zugehörigkeit zu einem unterstützten Hochschulnetz im Rahmen der Auswahlverfahren für EIBURS- und STAREBEI-Projekte positiv bewertet wird, werden bei allen EIB-Programmen Auswahlverfahren eingesetzt, die auf den Grundsätzen der absoluten Transparenz und Nichtdiskriminierung beruhen. □

Weitere Informationen können abgerufen werden unter: www.eib.org/universities

EIB finanziert 72% der Autobahn Rijeka-Zagreb in Kroatien



*Von Fabio Bargagli-Petrucci
Hauptabteilung Adriaraum*

Mit einem Darlehen über 210 Mio EUR an die Autocesta Rijeka-Zagreb d.d. (ARZ) finanzierte die Europäische Investitionsbank vor Kurzem den Ausbau eines 44 km langen, zweispurigen Abschnitts der Schnellstraße zwischen Stara Susica und Kikovica in Kroatien zu einer 2x2-spurigen Autobahn.

Das EIB-Darlehen entspricht etwa 72% der gesamten Projektkosten; es ist damit der prozentual höchste Finanzierungsbeitrag, den die Bank im Verkehrssektor der Region bislang geleistet hat.

Kroatien ist seit dem 4. Oktober 2005 Beitrittsland und kommt somit in gleicher Weise wie die Mitgliedstaaten für Finanzierungsbeiträge der EIB in Betracht. Im Rahmen der Umsetzung der Europä-

ischen Wachstumsinitiative ist die Bank bereit, in Ausnahmefällen und bei besonders dringenden Investitionsvorhaben bis zu 75% der Kosten eines Projekts zu finanzieren.

Die verbleibenden 28% der Kosten für die Autobahn Rijeka-Zagreb werden durch die EBWE (50 Mio EUR bzw. 18%) und aus Eigenmitteln der ARZ (30 Mio EUR bzw. 10%) gedeckt.

Das Projekt ist für die Republik Kroatien von besonderer Bedeutung. Um seine Durchführung zu beschleunigen, hat das Finanzministerium die Bank gebeten, ihren Finanzierungsanteil über die übliche Obergrenze von 50% hinaus anzuheben. Angesichts der Dringlichkeit des Investitionsvorhabens wird Kroatien darüber hinaus eine Staatsgarantie stellen, um die Realisierung dieses vorrangigen Projekts zu beschleunigen. Auch die

Knappheit alternativ am Markt verfügbarer langfristiger Mittel (einschließlich Strukturfondsmittel) war ein Grund, die EIB um einen maximalen Finanzierungsbeitrag zu bitten.

Die Autobahn Rijeka-Zagreb ist Bestandteil des Gesamteuropäischen Korridors Vb, der Budapest mit Zagreb und Rijeka verbindet. Der Ausbau der transeuropäischen Straßen- und Schienennetze ist eine der obersten Prioritäten der EU-Verkehrspolitik. Die Fertigstellung der wichtigsten kroatischen Autobahn wird die Fahrtzeiten und die Fahrzeugbetriebskosten verringern und die Verkehrssicherheit verbessern; dies wird dem Handel, der Industrie und dem Fremdenverkehr zugute kommen.

Das Verkehrsaufkommen auf der Schnellstraße Zagreb-Rijeka ist stetig um jährlich etwa 8% gestiegen. Im Jahr 2004 wurden auf der Strecke Karlovac-Rijeka rund 9 500 Fahrzeuge/Tag gezählt. Der LKW-Anteil beträgt etwa 20%. In den drei Sommermonaten, der Hauptsaison des Fremdenverkehrs, verdoppelt sich das Verkehrsaufkommen fast; dies zeigt die Bedeutung dieser Route für den inländischen und internationalen Fremdenverkehr an die Adriaküste. Die Nachfrage nach zusätzlicher Straßenkapazität entlang dieser Route dürfte hoch bleiben und mit einer

ähnlichen Geschwindigkeit weiter wachsen, sodass für 2015 ein Verkehrsaufkommen von rund 20 000 Fahrzeugen/Tag prognostiziert wird.

„Es ist für die EIB eine besondere Freude, die Instandsetzung und Modernisierung der kroatischen Verkehrsinfrastruktur unterstützen zu können. Dieses Projekt wird die wirtschaftliche Entwicklung Kroatiens beschleunigen und seine wirtschaftliche Integration in die Europäische Union fördern“, erklärte EIB-Vizepräsident Wolfgang

Roth anlässlich der Unterzeichnung des Darlehensvertrages in Rijeka am 9. März.

Der Verkehrssektor ist ein traditioneller Einschaltungsbereich der EIB in der Balkanregion. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist entscheidend für die Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten – einschließlich Industrieinvestitionen des privaten Sektors – und für die ausgewogene Entwicklung der Gesamteuropäischen Korridore, die durch die Region verlaufen (V, VII, VIII und X). Die

EIB begann ihr Engagement auf dem Balkan 1978 mit einem Autobahnsanierungsprojekt im damaligen Jugoslawien. Seit den frühen 90er Jahren hat die Bank Verkehrsprojekte in fast jedem Balkanstaat finanziert, um zur Modernisierung dieses Sektors beizutragen.

Seit 2001 hat die Bank in Kroatien 16 Projekte mit insgesamt 911 Mio EUR finanziert, davon die Hälfte im Verkehrssektor. Sie betrafen u.a. Straßen, Autobahnen und die Luftverkehrskontrolle. □

EIB im zweiten Jahr in Folge zum „beeindruckendsten Emittenten“ gewählt



Von Peter Munro
Leiter der Abteilung Investor Relations und Marketing

Die positive Aufnahme der Mittelbeschaffungsstrategie und -tätigkeit der EIB im Jahr 2005 durch die Märkte fand ihren Niederschlag in der jährlich stattfindenden Euroweek-Umfrage, in der die Marktteilnehmer die EIB zum insgesamt besten Emittenten wählten und ihr die Auszeichnung „beeindruckendster Emittent“ verliehen. Die Bank erhielt diese und andere wichtige Auszeichnungen wie etwa die Titel „innovativster Emittent“ und „bester supranationaler/Agency-Emittent“ bereits im zweiten Jahr. Ebenfalls zum zweiten Mal in Folge wurde die Bank für eine Einzeloperation ausgezeichnet, und ihre EUR-Referenzanleihe mit einer Laufzeit von 30 Jahren wurde zur „Euro-Emission eines supranationalen/Agency-Emittenten“ gewählt.

In der Auswertung der Marktumfrage von Euroweek wird auch erläutert, wie es dem „führenden Emittenten EIB gelingt, seinen Vorsprung zu wahren“. Die Vielzahl von herausragenden

Ergebnissen, die die EIB zum „Emittenten des Jahres“ machen, wird „in Anbetracht der Konkurrenz durch andere renommierte Emittenten wie etwa die Französische Republik, die Italienische Republik oder GE Capital als nicht geringzuschätzende Leistung“ eingestuft. In dem Kommentar zu diesen Ergebnissen hebt Euroweek die koordinierte Emission von Referenzanleihen und maßgeschneiderten Anleihen durch die EIB hervor. Insbesondere wird auf die Leistungen der Bank in ihren Hauptwährungen hingewiesen. Zu den Resultaten in diesen drei Währungen, die besonders hervorgehoben wurden, zählten die innovative Emission der 30-jährigen EUR-Referenzanleihe, die im USD-Bereich erzielte Position als größter nicht US-amerikanischer Emittent, der liquide und die gesamte Renditekurve abdeckende Referenzanleihen anbietet, und im GBP-Bereich die Festigung der Stellung der EIB als größter und am häufigsten an den Sterling-Markt herantretender nichtstaatlicher Emittent. Bei den maßgeschneiderten Emissionen wurde in der Auswertung der

Umfrage besonders darauf hingewiesen, dass die EIB „sehr aktiv auf dem Markt für strukturierte Notes“ ist und allein im EUR-Bereich 8 Mrd EUR aufgenommen hat.

Auch die Ergebnisse in anderen Währungen – und zwar sowohl auf entwickelten Märkten, wo das erstmalige Herantreten an den Markt für auf japanische Yen lautende Globalanleihen zu nennen wäre, als auch auf aufstrebenden Märkten – wurden unterstrichen. Euroweek verwies insbesondere auf den Aufbau der allerersten auf Türkische Lira lautenden Renditekurve, die Laufzeiten bis zu zehn Jahren umfasst, und auf die Emissionstätigkeit in verschiedenen neuen Währungen: das erstmalige Tätigwerden in lateinamerikanischen Währungen (Mexikanische Peso, synthetische brasilianische Real) sowie Emissionen von auf synthetische Russische Rubel und auf Isländische Kronen lautenden Anleihen. □

Ernennungen im Senior Management der EIB



Frau Nicola Barr ist mit Wirkung vom 1. Juli 2006 zur Beigeordneten Direktorin (Abteilung Finanzangelegenheiten) der Hauptabteilung JU I in der Direktion SG-JU ernannt worden.

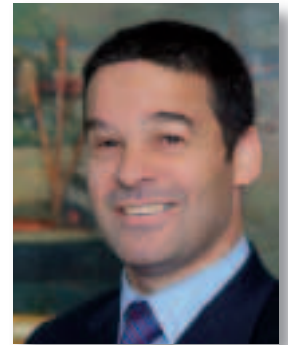
Frau Barr hat am Trinity College in Dublin, Irland, Rechtswissenschaften studiert und 1983 ihren Abschluss als Rechtsanwältin erworben. 1994 trat sie in die Direktion für Rechtsfragen der EIB ein. 1996 wurde ihr die Zuständigkeit für juristische Fragen im

Zusammenhang mit Kapitalmärkten, Treasury-Produkten und Derivaten übertragen, und im Jahr 2001 wurde sie zur Leiterin der Abteilung Juristische Aspekte – Finanzangelegenheiten ernannt. Vor ihrem Eintritt in die Bank war Frau Barr in einer privaten Anwaltskanzlei in Dublin tätig.

Herr Jose Grincho ist zum Beigeordneten Direktor (Abteilung Infrastruktur und Technologie) der Hauptabteilung Informationstechnik ernannt worden.

Herr Grincho trat 1985 als Systemingenieur in die Hauptabteilung Informationstechnik der Bank ein. Von 1991 bis 1997 war er für den Aufbau und den Betrieb von IT-Systemen in den verschiedenen Außenbüros der EIB zuständig.

Seit 1997 leitete er im IT-Bereich das Referat Engineering, und 2001 folgte seine Ernennung zum Leiter der Abteilung Infrastruktur und Technologie. Vor Aufnahme seiner Tätigkeit bei der Bank war Herr Grincho nach Abschluss seines Maschinenbaustudiums an der Technischen Universität Lissabon zunächst in der Abteilung „Entry Systems“ bei IBM Portugal beschäftigt.



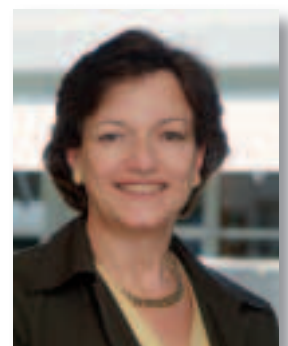
Frau Peggy Nylund Green ist zur Beigeordneten Direktorin (Abteilung Deutschland – nördliche Länder) der Hauptabteilung Mitteleuropa in der Direktion für Finanzierungen in Europa ernannt worden.

Frau Nylund Green hat in Schweden einen Abschluss im Fach International Business Administration erworben und trat 1996 in die Hauptabteilung Kreditrisiken der Bank ein. Seit 2001 war sie als Abteilungsleiterin

für Finanzierungen in Deutschland zuständig. Vor ihrem Eintritt in die EIB war sie bei Geschäftsbanken in Stockholm, London und New York beschäftigt, wo sie in verschiedenen Bereichen tätig war und sich vorrangig mit internationalen Finanzierungen und Umstrukturierungen sowie mit dem allgemeinen Management befasste.

Frau Flavia Palanza ist zur Beigeordneten Direktorin (Abteilung Portfoliomanagement und Strategie) der Hauptabteilung Afrika, Karibik, Pazifik – Investitionsfazilität in der Direktion für Finanzierungen außerhalb Europas ernannt worden. Frau Palanza, die ein Masters Degree in Volkswirtschaftslehre besitzt, kam 1984 zur Bank. Seither war sie überwiegend in verschiedenen, die AKP-Länder betreffenden Bereichen tätig; Frau Palanza war zunächst als

Volkswirtin in der Direktion Projekte für Westafrika und anschließend für die Karibik zuständig. 2001 wechselte sie in die Direktion für Finanzierungen außerhalb Europas, wo sie zunächst als Beraterin und später als Abteilungsleiterin beschäftigt war. Vor ihrem Eintritt in die Bank war Frau Palanza in der Asien-Abteilung des Internationalen Währungsfonds tätig.





Herr Stephen Wright ist zum Beigeordneten Direktor (Abteilung Humankapital) der Hauptabteilung Industrie und Dienstleistungen in der Direktion Projekte ernannt worden.

Herr Wright hat Energiewirtschaft studiert und besitzt ein Masters Degree im Fach Umweltökonomie. Nach anfänglicher Tätigkeit im privaten Sektor trat er 1987 in die Bank ein, wo er sich zunächst mit Energieprojekten befasste und in der Folge für die Prüfung von Industrievorhaben zuständig war, bevor er 1997 mit der analytischen Vorbereitung der Einschaltung der Bank in den Bereichen Gesundheit und Bildung betraut wurde. Diese Position wurde mit seiner Ernennung zum Leiter der neuen Abteilung Humankapital in der Direktion Projekte im Juni 2000 formalisiert.

EIB-Darlehen für zehn Schulen in den Highlands

Das Vereinigte Königreich zählt zu den Hauptempfängern von Finanzierungen der Bank für das Bildungswesen. Seit 1997 kommen Bildungsprojekte für EIB-Finanzierungen in Betracht;¹ seitdem hat die Bank Projekte über insgesamt 10,7 Mrd EUR unterzeichnet, davon mehr als 1,1 Mrd EUR im Vereinigten Königreich.

Alle Investitionsvorhaben der Bank im britischen Bildungswesen wurden in Form öffentlich-privater Partnerschaften (PPP) durchgeführt – fünf von ihnen im Rahmen der Fazilität für Strukturierte Finanzierungen.²

Vor kurzem hat die EIB ein Darlehen in Höhe von 60 Mio GBP (rund 86 Mio EUR) für das zweite PPP-Schulprojekt des Highland Council Education Service bereitgestellt. Es umfasst den Bau und die Instandhaltung von drei neuen Realschulen, fünf neuen Grundschulen (darunter eine mit Gälisch als Unterrichtssprache), einer Gesamtschule und einer neuen Sonderschule. Die Mehrheit der Schulen, die in der gesamten schottischen Region Highlands verteilt sein werden, wird mit Sport-, Weiterbildungs- und sonstigen Einrich-

tungen ausgestattet, die auch von der örtlichen Bevölkerung genutzt werden können.

Diese Operation dürfte zum Wirtschaftswachstum und zur Entwicklung der Region Highlands beitragen, die als Ziel-1-Gebiet der EU eine Übergangsförderung erhält. Das Projekt entspricht zwei der wichtigsten operativen Prioritäten der Bank: Regionalentwicklung und Umsetzung der Innovation-2010-Initiative (i2i) der EIB. Die Ausrichtung auf die Verbesserung der Bildungschancen und die Förderung von Kommunen in einer benachteiligten Region wird dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der Union zugute kommen. Darüber hinaus wird das Projekt zur Umsetzung der i2i beitragen, da es Bildung und Ausbildung verbessert. Die EIB ist durch ihre Darlehensvergabe ein aktiver Träger dieser EU-weiten Politik.

Das Projekt wird als öffentlich-private Partnerschaft (PPP) im Rahmen der Initiative der britischen Regierung für Finanzierungen mit dem privaten Sektor durchgeführt werden. Die Mittel der EIB werden unmittelbar an die zweckgebundene Konzessionsgesellschaft Alpha Schools

(Highland) Project plc fließen, die ein Joint Venture von Morrison Project Investments Limited und Northern Infrastructure Investments plc ist. Diese Partner aus dem Privatsektor besitzen umfassende Kenntnis und Erfahrung bei der Umsetzung von PPP-Projekten im britischen Bildungswesen. Sie werden das Vorhaben auf der Grundlage eines Konzessionsvertrags mit dem Highland Council – dem Partner aus dem öffentlichen Sektor – mit einer Laufzeit von höchstens 31 Jahren planen, ausführen und verwalten.

Der restliche Finanzierungsbedarf wird bis zu einer Höhe von 100 Mio GBP durch vorrangige Anleihen (für die RBC Capital Markets als Konsortialführer agierte) sowie nachrangige ungesicherte Anleihen und Stammaktien gedeckt. Ambac Assurance Limited wird eine Garantie für die planmäßigen Rückzahlungen von Kapital und Zinsen im Rahmen der Anleihen und des EIB-Darlehens stellen. □

¹ Die Bereitstellung von Finanzierungen für Investitionsvorhaben in den Bereichen Gesundheit und Bildung ist Bestandteil der Tätigkeit der EIB, seit der Rat von Amsterdam sie im Jahr 1997 aufforderte, ihre Darlehensvergabe auf Humankapital auszuweiten.

² Um die Finanzierungsinstrumente an die Anforderungen von Projekten mit höherem Risiko anpassen zu können und um die Bereitstellung von Eigenkapital und Garantieoperationen zugunsten großer Infrastrukturvorhaben zu ermöglichen, hat die EIB eine Fazilität für strukturierte Finanzierungen (FSF) eingerichtet. Im Rahmen dieser Fazilität kann die Bank eine breite Palette von Finanzierungsprodukten bieten: erstrangige Darlehen und Garantien, die Vorfertigstellungsrisiken und Risiken in der Anlaufzeit abdecken; nachrangige Darlehen und Garantien, die nachrangigen Darlehen der Anteilseignerrangmäßig vorausgehen; Mezzanine-Finanzierungen einschließlich hochverzinslicher Darlehen für Industrieunternehmen, die sich im Übergang vom KMU zu einem größeren Unternehmen oder in der Umstrukturierung befinden; projektbezogene Kreditderivate.

Europäische Investitionsbank

100, boulevard Konrad Adenauer – L-2950 Luxembourg
☎ (+352) 43 79 1 – ☎ (+352) 43 77 04
www.eib.org – info@eib.org

Außenbüros

Belgien

Rue de la loi 227 / Wetstraat 227 – B-1040 Bruxelles / Brussel
☎ (+32-2) 235 00 70 – ☎ (+32-2) 230 58 27

Deutschland

Lennéstraße 11 – D-10785 Berlin
☎ (+49-30) 59 00 47 90 – ☎ (+49-30) 59 00 47 99

Frankreich

21, rue des Pyramides – F-75001 Paris
☎ (+33-1) 55 04 74 55 – ☎ (+33-1) 42 61 63 02

Griechenland

1, Herodou Attikou & Vas. Sofias Ave – GR-106 74 Athens
☎ (+30) 210 68 24 517 – ☎ (+30) 210 68 24 520

Italien

Via Sardegna 38 – I-00187 Roma
☎ (+39) 06 47 19 1 – ☎ (+39) 06 42 87 34 38

Österreich

Parkring 10 – A-1010 Wien
☎ (+43-1) 516 33 31 95 – ☎ (+43-1) 516 33 30 49

Polen

Warsaw Financial Centre, 11th floor
ul. Emili Plater 53 – PL-00-113 Warszawa
☎ (+48 22) 528 68 83 – ☎ (+48 22) 52 68 65

Portugal

Avenida da Liberdade, 190-4º, A – P-1250-147 Lisboa
☎ (+351) 213 42 89 89 – ☎ (+351) 213 47 04 87

Spanien

Calle José Ortega y Gasset, 29, 5º – E-28006 Madrid
☎ (+34) 914 31 13 40 – ☎ (+34) 914 31 13 83

Vereinigtes Königreich

2 Royal Exchange Buildings – London EC3V 3LF
☎ (+44) 20 73 75 96 60 – ☎ (+44) 20 73 75 96 99

Ägypten

6, Boulous Hanna Street – Dokki, 12311 Giza
☎ (+20-2) 336 65 83 – ☎ (+20-2) 336 65 84

Kenia

Africa Re Centre, 5th floor – Hospital Road, PO Box 40193,
KE-00100 Nairobi
☎ (+254-20) 273 52 60 – ☎ (+254-20) 271 32 78

Marokko

Riad Business Center, – Immeuble S3, Aile sud, 4e
Boulevard Er-Riad, – Rabat
☎ (+212) 37 56 54 60 – ☎ (+212) 37 56 53 93

Senegal

3, rue du Docteur Roux – BP 6935, Dakar-Plateau
☎ (+221) 889 43 00 – ☎ (+221) 842 97 12

Südafrika

5, Greenpark Estate – 27 George Storrar Drive
Groenkloof – 0181 Tshwane (Pretoria)
☎ (+27-12) 425 04 60 – ☎ (+27-12) 425 04 70

Tunesien

70, avenue Mohamed V – TN-1002 Tunis
☎ (+216) 71 28 02 22 – ☎ (+216) 71 28 09 98

Europäischer Investitionsfonds

43, avenue J.F. Kennedy – L-2968 Luxembourg
☎ (+352) 42 66 88-1 – ☎ (+352) 42 66 88-200
www.eif.org – info@eif.org

Nach Veröffentlichung dieser Broschüre sind Änderungen im
Adressenverzeichnis sowie Informationen über die eventuelle Eröffnung
weiterer Außenbüros der Website der EIB zu entnehmen.

Neue Veröffentlichungen der EIB



Februar 2006

- Tätigkeit der EIB-Gruppe in Frankreich im Jahr 2005
- Tätigkeit der EIB-Gruppe in Belgien im Jahr 2005
- Die Europäische Investitionsbank in Brasilien

März 2006

- Study on improving the efficiency of workers' remittances in Mediterranean countries
- Memorandum of Understanding between the EIB and Femise
- Ergebnisse der FEMIP im Jahr 2005

April 2006

- Veröffentlichungs- und Informationspolitik
- Darlehen der EIB in der Türkei

Mai 2006

- Darlehen der Europäischen Investitionsbank in den Baltischen Staaten

Juni 2006

- Jahresbericht 2005: Tätigkeitsbericht, Statistischer Bericht und Finanzbericht
- Evaluierung der Operationen – Zusammenfassender Bericht 2005
- Investitionsfazilität – Jahresbericht 2005
- FEMIP – Jahresbericht 2005
- EIB Papers Volume 11. n°1/2006 und n°2/2006
- Finanzierungen der EIB in Polen
- 1986-2006 : 20 años del BEI en España

In Vorbereitung

- Corporate Responsibility-Bericht
- Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)
- Die EIB in Kroatien
- Humankapital
- Transeuropäische Netze

Alle Broschüren können unter www.eib.org/publications abgerufen werden.

